

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heilmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorstehenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Et

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Nieuwen in Düsseldorf, Rühl. Rühlstraße 65.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. 1868. Rühl.

Nr. 47. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 21. November 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften.

Das kürzlich erschienene Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1909 weist in einem längeren Aufsatz auf einen wichtigen Vorgang hin, der auf den Entwicklungsgang der christlichen Arbeiterbewegung von besonderem Einfluß gewesen ist und dennoch in christlichen Arbeiterkreisen bisher wenig bekannt war. Es handelt sich um einen internationalen Arbeitertreffen in Bern, das am 1. August 1897 in der schweizerischen Hauptstadt Zürich tagte, und der seinesgleichen niemals wieder gefunden hat. Es können die im Jahrbuch in interessanten Details geschilderten Vorgänge im Rahmen eines Beitragsartikels nur andeutungsweise wiedergegeben werden. Wer ausführlich über den Kongreß und seine Nachwirkungen unterrichtet sein will, bestelle sich beim Gesamtverband in Köln, Palmstraße 14, das Jahrbuch, das neben gemeintem Artikel noch viele andere wissenschaftliche und praktische Aufsätze und Angaben enthält.

Der schweizerische Arbeiterbund, eine überparteiliche Vereinigung christlich-sozialer, neutraler und sozialdemokratischer Korporationen zur Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen in der Schweiz, berief 1897 nach Zürich einen Kongreß von Vertretern der Arbeitervereine aus den verschiedensten Ländern. Ein Unterschied der politischen und religiösen Anschauung war der Teilnahme nicht hinderlich. Der Zweck des Kongresses lag auf dem Gebiete des staatlichen Arbeiterschutzes. Hier sollte angeregt, gefördert und Nahrung gegeben werden. Man wollte das nächste Ziel angeben, das der staatliche Arbeiterschutz zu verfolgen habe. So: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder. Es waren nur solche Korporationen oder Personen eingeladen, die grundsätzlich auf dem Boden des staatlichen Arbeiterschutzes standen, die also den Staat für verpflichtet hielten, mit seiner Gesetzgebung zum Schutze der gewerblichen Arbeiter einzugreifen. Andererseits sollte jeder Achtung, die auf dem Kongreß vertreten war, volle Bewegungsfreiheit vorbehalten bleiben. Keine brauchte sich auf ein bestimmtes Programm festzulegen. Es sei hier gleich vorweg bemerkt, daß das Entstehen der internationalen Vereinigung für gewerbliche Arbeiter durch auf diesen Kongreß zurückzuführen ist. Von dieser „bürgerlichen“ Vereinigung hatten sich die Sozialdemokraten fern.

Der Ruf der Schweizer war nicht ungehört in den Ländern verhallt. Der Gedanke, ohne Unterschied des religiösen und politischen Bekenntnisses gemeinsam auf dem Gebiete des staatlichen Arbeiterschutzes den sozialen Kämpfen der Zeit entgegenzutreten, war verlockend genug, daß, als der Bund rief, „alle, alle kamen“. Damals glaubte man unjenerlei noch an die Möglichkeit eines gemeinsamen Willens aller religiösen und politischen Anschauungen. Der Glaube wurde gar bald gründlich vernichtet. 301 Delegierte und 180 Gäste waren erschienen. Von den Delegierten bekannten sich nicht weniger als 202 zur Sozialdemokratie. Diese war demnach in der Majorität. Aus Deutschland waren christlicherseits meist geistliche Prälaten der katholischen Arbeitervereine vertreten. Die christliche Arbeiterbewegung besand sich ja noch ganz in den Anfängen, ein Hervortreten fähiger Arbeiter konnte man noch kaum. Aber es fehlten auch diese nicht. Der vorstehende Hans Braun, Johann Giesberts, Moser, Schirmer, Moritz Schmid, Paul Weigel und der neutrale Tischendörfer gehörten als Delegierte dem Kongresse an.

Leitfäden und Referate wurden nach Möglichkeit praktisch-fachlich gehalten. Man wollte den gemeinsamen Boden nicht verlieren und suchte alle prinzipiellen Erörterungen, die sich als Klappen erweisen könnten, zu umschiffen. Aber „mit der sozialdemokratischen Mehrheit“ wachen, war nicht gut ein Bund zu schließen“. Den anwesenden Sozialisten war an radikalem Gerede, um nach außen hin möglichst breit in die Erscheinung zu treten, mehr gelegen als an genuin praktischer Arbeit. Und sie durfte das damals noch ungefragt tun. Keine starke christliche Arbeiterbewegung zwang sie, praktisch zu sein. Die Sozialdemokratie war noch umgeben mit dem Glorienzorn der Alleinherrschaft auf dem Gebiete der Arbeiterinteressenvertretung. Sie herauschte sich noch an dem Sozialismus der arbeitslosen, weil unaufgeklärten Menge. — Die sozialdemokratische Mehrheit des Kongresses stellte radikale Forderungen auf, deren praktische Durchführung in nächster Zeit einfach eine Unmöglichkeit war. Gegen die große Minderheit der christlich-Sozialen brachte sie Leitfäden zur Annahme, deren Inhalt prinzipiell gut, aber praktisch unumgänglich und deshalb unjenerlei war. So mißbrauchte die Sozial ihre Mehrheit.

Hatte schon diese praktische Seite den christlichen Vertretern die Ueberzeugung gebracht, daß mit jenen Leuten ein gemeinsames Arbeiten ein Unmöglichkeit sei, so wurde das noch bekräftigt in einer folgenden grundsätzlichen Auseinandersetzung. Zur Beratung stand ein Antrag über Verkürzung der Arbeitszeit bzw. gänzliche Abschaffung der Arbeit verheirateter Frauen in der Großindustrie. Hier traten die klaffenden Gegensätze zwischen christlicher und materialistischer Weltanschauung kraftig in Erscheinung. Scharf standen sich die Gegensätze der

Ansichten über Ehe und Familie gegenüber. Die Sozialisten erklärten die Ehe und Familie in ihrer jetzigen Form für unhaltbar. Sie proklamierten volle Gleichstellung von Mann und Frau, auch die Gleichberechtigung beider im Wirtschaftsleben. Unverhüllt zeigten sie ihr Programm: Auflösung der christlichen Ehe und Familie, dieser Urzelle eines gesunden Staatslebens. Besonders Clara Zetkin überschüttete die christliche Ehe mit Gift und Galle. Die christlichen Vertreter brachten demgegenüber ihren Standpunkt mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck. Da zog Bebel richtig die Scheidegrenze, die niemals verwischt werden kann und die uns immer von jenen trennen wird: „Es stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, zwischen denen es keine Ausöhnung gibt.“

Das Jahrbuch teilt verschiedene interessante Momente aus diesem Teil der Verhandlungen mit. Einmal sei hier wiedergegeben. In der heftigen Debatte nahm der englische Delegierte Burrows das Wort. In der einen Hand das Manifest von Marx und in der anderen die Enzyklika des Papstes Leo XIII. rief er aus:

„Auf diesem Kongreß stehen sich zwei Richtungen gegenüber, die der sozialen Reform und die der sozialen Revolution. Bei aller Verschiedenheit in den Prinzipien vermögen sie jedoch ohne Streit und Schar zusammenzuwirken. Ich habe hier in der einen Hand die Enzyklika des Papstes Leo XIII. und in der anderen Hand das kommunistische Manifest von Marx und Engels. Ueber den Streit der Interessen muß sich erheben das Ideal der Brüderlichkeit, das uns gemeinsam ist mit der Kirche, aber wie können es nur erreichen unter dem roten Banner und dem Schlagwort: „Es lebe die soziale Revolution!“

So kam in den Beschlüssen des Kongresses die sozialdemokratische Mehrheit zum Ausdruck, und die Verhandlungen hatten ihren Zweck gänzlich verfehlt.

Aber nach einer anderen Richtung hin hatten sie hochwichtige Resultate erzielt. Sie waren ein lebendiger Beweis für die bringende Notwendigkeit einer christlichen, anti-revolutionären Arbeiterbewegung. Der Kongreß hatte in erdrückender Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die höchsten Güter des Volkes und speziell der Arbeiter auf dem Spiel standen. In den Kongreßverhandlungen war die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung getreten und gleichzeitig die Ohnmacht der noch zersplitterten, christlichen Arbeiterschaft. Darin lag ein wichtiger Fingerzeig für die Notwendigkeit einer gründlichen, energiegelassen organisatorischen Arbeit. Die christlichen Vertreter hatten erkannt, daß der geschlossene Einigkeit der Sozialdemokratie nur durch eine Zusammenfassung aller christlichen Elemente im Arbeiterstande wirksam entgegenzutreten sei.

Weiter zeigte der Kongreß die Beschlageneheit der sozialdemokratischen Vertreter in den verschiedensten Fragen des gewerblichen und allgemeinen öffentlichen Lebens. Die christlichen Vertreter erkannten die rednerische und agitatorische Ueberlegenheit ihrer Gegner. Hier mußte die Ebenbürtigkeit durch Schulung und Bildung in den Organisationen erbracht werden. Die Verhandlungen ergaben die Tiefe und Mannigfaltigkeit der verschiedensten Fragen des Arbeiterstandes wie des gewerblichen Lebens überhaupt und das dringende Bedürfnis einer vernünftigen, sachgemäßen Auffassung derselben im Interesse des Arbeiters. Nach dieser Richtung hatte die Sozialdemokratie auf dem Kongreß die besten Illustrationen ihrer Unfähigkeit erbracht.

Mit den Sozialisten ist ein gemeinsames Betätigen auf dem weiten Felde des staatlichen Arbeiterschutzes nicht möglich, die Auffassung hatte sich bei den christlichen Vertretern durch die Kongreßverhandlungen zur festen Ueberzeugung durchgebildet. Da wurde alles mit der agitatorischen Eile gemessen. Darum eine ständige Uebererfüllung politischer Fragen nach der Möglichkeit, sondern nur weitgehende, unsinnige Prinzipien. Das lebte die unaufgeklärte Masse. Darin suchte sie ihre Erlösungswort. Davon lebte der Sozialismus. Damals noch mehr als heute.

Ferner hatte der Kongreß für die Christlich-Sozialen die Notwendigkeit eines größeren Hervortretens der christlichen Arbeiter auf ähnlichen Tagungen zum Ausdruck gebracht. Bei aller guten Meinung und gründlichen Sachkenntnis der Geistlichen konnten diese doch nicht die Forderungen der christlichen Arbeiterschaft den Sozialisten gegenüber so wirksam verfechten, als das ein Arbeiter tun könnte. Dem sozialistischen Arbeiter mußte der christliche Arbeiter gegenüberstehen.

Was der Kongreß aber mit besonders scharfem Griffel gezeichnet hatte, war die tiefe Klüftung, die sozialdemokratische und christliche Arbeiter voneinander trennt. Hier Erhaltung und Stärkung der religiös-sittlichen Grundzüge, wie sie die ewige Wahrheit des Christentums aufstellt, dort Haß und Verachtung allem Christlichen, Verneinung und Enttötung der Familie, dem Fundament unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Hier lag der Abgrund, der unüberbrückbar ist, und den die christlichen Arbeiter und die anderen christlichen Vertreter auf dem Kongreß in seiner ganzen schauerigen Tiefe sahen.

Ferner wurde ein Aufsatz des bekannten englischen Ehepaars Webb über die Theorie der englischen Gewerkschaften verlesen. Durch den Webbschen Aufsatz bekamen die christlichen Arbeiter einen tieferen Einblick in das Gewerkschaftsproblem. In Deutschland war damals die Literatur auf diesem Gebiete noch sehr spärlich und den Arbeitern schwer zugänglich.

Die Schlussfolgerung aus dem Gelesenen war für die christlichen Vertreter also: Ausbau der christlichen Arbeiterorganisationen, besonders Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Diese Lehren trugen sie in die Vereine und streuten so den Samen für eine Idee, deren Sieghaftigkeit trotz aller Anfeindungen glänzend bewiesen ist. In Deutschland waren besonders Schirmer, Giesberts, Erzberger und Braun in der Propagierung des christlichen Gewerkschaftsgedankens tätig. Neues Leben zog in die konfessionellen Vereine überall neue Begeisterung und frischen Mut. Soziale und gewerkschaftliche Fragen bildeten überall in christlichen Arbeiter- und bürgerlichen Kreisen den Gegenstand von Beratungen. Das war der schöne Erfolg des Kongresses.

Rund zehn Jahre sind dahin seit jenen Tagen. Stark und geschlossen, geachtet und gefürchtet stehen die christlichen Arbeiter in ihren Organisationen. Der Sozialdemokratie, die damals über unsere Vertreter vielleicht lachte, zum Verrger, dem Freunde zur Freude. Wir bauen weiter: der Kultur eine Mauer, dem Christentum eine Stütze, der Freiheit eine Waffe.

Staat und Arbeitslosenfürsorge.

Die zur Zeit herrschende umfangreiche Arbeitslosigkeit, die mit dem kommenden Winter gewiß nicht eine Minderung erfahren wird, hat einigen Parteien Veranlassung gegeben, im Reichstage Interpellationen einzubringen, die staatliche Eingriffe gegen diese bedauerliche Begleiterscheinung unseres modernen Wirtschaftslebens verlangen. Bei Gelegenheit der Besprechung der Interpellationen am 12. d. M. hielt der Generaldirektor des Volksvereins für das Reich, Deutschland Aug. Pieper eine längere Rede über die Pflichten des Staates auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge, die wir nach einem Bericht der „Köln. Volksztg.“ hier wiedergeben:

„Schon im Frühjahr dieses Jahres wurde die Bitte an die verbündeten Regierungen ausgesprochen, zeitig Vorkehrungen zu treffen, um die drohende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihre Folgen zu mildern. Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit mit einer, seit 1902 nicht mehr beobachteten Schärfe eingekehrt, auch im Auslande, vor allem in England, wo die Gewerkschaften die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als eine Million anheben. Es ist ein Beweis, daß die zeitige Arbeitslosigkeit ihren Grund in einer internationalen gewerblichen Krise hat. Sie tritt zwar in unserem Vaterlande nicht in allen Gewerben und überall mit gleicher Heftigkeit auf. Am schlimmsten leidet wohl das Baugewerbe, das schon lange unter der Klause litt, jetzt aber, soweit es sich um Privatunternehmungen handelt, vollständig darniederliegt. Seit einiger Zeit klagen auch die Eisen- und Stahlindustrie, die Metallgewerbe, weite Kreise der Textilindustrie, der Konfektion, der chemischen Industrie, der Schuh- und Papierindustrie, der Buchdruckerei usw.“

Wir haben es hier mit einer Arbeitslosigkeit zu tun, die sich in den Wintermonaten wahrhaftig noch verschärfen wird. Lange Zeit verjudeten die Parteien und Mandatäre durch Fortsetzung des Exportes sich über Wasser zu halten. Aber inzwischen ist der Auslandmarkt überflüssig, und die Parteien schreiben jetzt schon zur Einsparung. Die Krise ist auch dadurch verschärft worden, daß die Kartelle und Syndikate versucht haben, die Preise solange als möglich hoch zu halten. Zwar hat der Stahlwerksverband schon Preisermäßigungen eintrudeln lassen, das Kohlenkartell aber noch nicht. Eine Eigentümlichkeit der diesjährigen Krise ist auch, daß das Mißtrauen länger denn je anhält, scheinbar infolge des Zusammenbruchs in Amerika. Schon heute ist die Zahl der Arbeitslosen außergewöhnlich stark, das beweisen die Berichte, welche 49 Fachverbände im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten.

Diese 49 Fachverbände zählen insgesamt 1 1/2 Million Mitglieder. Sie haben im dritten Quartal dieses Jahres für 1 1/2 Million Tage 1 1/2 Million Mark für Arbeitslosenfürsorge ausgegeben, außerdem ein Drittel Million für Rekonvaleszenz; gegen September 1906 und 1907, wo die Arbeitslosenziffer in diesen 49 Verbänden 1 Prozent bzw. 1 1/2 Prozent betrug, meldeten sich jetzt 2,7 Prozent. In den am meisten betroffenen Berufen ist eine Steigerung von 6,9 auf 10,2 Prozent eingetreten. Dies trifft hauptsächlich gelernte Arbeiter. Wie weit die ungelerten Arbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, läßt sich daraus ersehen, daß die 671 Arbeitnachweise, welche ihre Verichte erbrachten, für September 1908 meldeten, daß für 100 offene Stellen 182 männliche Arbeiter sich meldeten, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen geringer ist, eine Erscheinung, die wir bei jeder Krise beobachten können. Ähnlich hohe Ziffern ergeben sich aus den Arbeitslosenstatistiken, die kaiserliche Behörden oder Arbeiterorganisationen an manchen Orten veranstaltet haben.

Wie sind nun diese Ziffern zu bewerten. Zunächst muß angegeben werden, daß die Arbeitslosigkeit zum Teil verschleiert ist durch die Tatsache, daß die Arbeitgeber gemäß Vereinbarung mit den Arbeitern vielfach Feierlichkeiten eingelegt haben. Es muß lobend anerkannt werden, daß in der gegenwärtigen Krise seitens der Arbeiter nur ganz vereinzelt die Klage laut wird, daß man zu Lohnkürzungen schreitet. Soweit Tarife vorhanden sind, wird ja durch diese auch für die Zeit der Krise ein Gehaltsniveau der Löhne verhärtet. Im Jahre 1902 bagegen haben einzelne großindustrielle Unternehmungen nicht bloß die Löhne verkürzt, sondern gleichzeitig auch die Arbeitszeit verlängert. Die Industrie handelt aber auch im eigenen Interesse, wenn sie sich ihre tüchtigen Arbeiter zu erhalten sucht.

Die oben angegebenen Zahlen haben nicht nur Bedeutung für die davon betroffenen Arbeiter und Privatbeamten, sondern auch die mittleren und kleinen Handwerker leiden unter der gegenwärtigen Krise, ebenso diejenigen Industrien, welche auf Massenkonsum angewiesen sind. Und so weit Kaufleute und Handwerker noch Beschäftigung und Absatz finden, haben sie unter dem Vorwurfe zu leiden. Desgleichen erhalten die gemeinnützigen Bestrebungen durch die Krise einen schweren Stoß. Die nächsten Folgen sind Untereinerkennung, Verschlechterung der Behandlung und Kleidung. Wir können uns daher freuen, daß wir seit Jahrzehnten die Arbeiterversicherung besitzen, und es ist der Wunsch auszusprechen, möchten die Gemeinden dort, wo es nötig ist, unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen an erster Stelle die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung erstatten. Wir dürfen wohl hoffen, daß die Vorlage über die Wirkung der Armenunterstützung auf die politischen Rechte auch vorgehen hat, daß derartige Unterstützungen zu jenen zählen, welche nicht eine Entziehung politischer Rechte zur Folge haben.

Neben der Schwächung des Volkseinkommens und der Volkswohlfahrt ist nicht zu vergessen die tiefe moralische Depression, unter der der arbeitswillige Arbeitslose leidet. Da verdient es hohe Anerkennung, daß die Gewerkschaften in steigendem Maße — heute ist die Zahl der an der Arbeitslosenfürsorge der Gewerkschaften beteiligten Arbeiter schon auf 1 1/2 Millionen gestiegen — versucht haben, wenigstens zu einem Teil den Schäden der Krise entgegenzuarbeiten. Bewußt wird dadurch die wichtige Wirkung der Arbeiterorganisationen weiteren Kreisen noch mehr zum Bewußtsein kommen.

Was ist nun zu tun? Zunächst können wir feststellen, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit uns nicht mehr so unvorberichtet trifft wie in den früheren Jahren. Es haben gewiß auch die Arbeitslosen in diesem Hause wie auch in den Parlamenten der Einzelstaaten aufklärend und aufmunternd gewirkt. Wir können heute schon feststellen, daß die Ueberzeugung in weiten Kreisen verbreitet ist, daß die öffentlichen Körperschaften, Reich, Staat und Gemeinden durch Beschaffung von Arbeit, dann aber auch durch weitere Fürsorge hier eintreten müssen. Diese Ueberzeugung hat schon einen Ausdruck gewonnen, als im Jahre 1902 der Antrag Pachtdite, Dige, Wasserhann, Kossel hier zur Annahme gelangte, der folgenden Wortlaut hatte:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem Reichskanzler zu ersuchen, eine aus Mitgliedern des Reichstages und sonstigen auf diesem Gebiete erfahrenen Männern bestehende Kommission zu bilden, um die bisher seitens der Berufsvereine, einzelnen Unternehmungen und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zutreffende Umgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen.“

Der Bundesrat hat dieser Resolution Folge gegeben, indem er das Kaiserliche Statistische Amt beauftragte, festzustellen, welche Einrichtungen bezüglich Versicherung gegen Arbeitslosigkeit getroffen seien. Gleichzeitig hat damals das kaiserliche Statistische Amt konstatiert, daß die Arbeitslosigkeit wohl national sehr schmerzhaft sei. Aber um so schwerwiegender sei die Bestimmung des Reichstages der zur Unternehmung berechtigenden Arbeitslosigkeit, ebenso die Kontrolle und vor allem die Feststellung, wann die Pflicht zur Annahme von Arbeit für die Arbeitslosen zu begründen ist.“

Zur Reform der Arbeiterversicherung.

werden in Nummer 22 des „Zentralblatt“ Vorschläge gemacht, die sich in ihrem ersten Teile auf die Unfall- und Invalidenversicherung beschränken. Genanntes Blatt schreibt:

Den Vertretern der Landes-(Unfall-)Versicherungsanstalten, der (Unfall-)Berufsgenossenschaften, des Reichsversicherungsamtes und der Landesversicherungsämter u. d. am 27. Oktober konferierten, lagen der Besprechung nebst einigen für die Reform der Arbeiterversicherung besonders in Betracht kommenden Gesichtspunkten (Vorschläge) folgende aus denselben resultierende Fragen zu Grunde:

a) Wie ist der gemeinsame örtliche Unterbau (das Versicherungsamt) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere seine Anknüpfung an die untere Verwaltungsbehörde?

b) Welche Aufgaben sind dem „Versicherungsamt“ zuzuwenden? Soll es insbesondere neben solchen Aufgaben, die bisher staatliche oder kommunale u. d. Stellen erledigten, dazu berufen werden, die Versicherungsträger

Das Geheimnis

des Erfolges unserer Bewegung ist die Kleinagitation. Mit dem Herbst ist die Zeit für eine gründliche Pionierarbeit gekommen. Vorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder müssen sich freudig in den Dienst unserer Sache stellen. Dem rüstigen Schaffen der Sieg!

auch in der Wahrnehmung gewisser ihnen eigener Geschäfte zu unterstützen oder sie dabei kraft gesetzlicher Aufträge zu vertreten. Bejahendenfalls, welche Aufgaben der Versicherungsleiter im Rahmen der Aufsicht kommen?
c) Wie ist die mittlere Instanz (das „Oberversicherungsamt“) zu gestalten? Empfiehlt sich insbesondere ihre Anordnung an die obere Verwaltungsbehörde unter gleichzeitiger Übertragung der bisher den Schiedsgerichten obliegenden Aufgaben?
d) Empfiehlt es sich, dem Oberversicherungsamt einen Teil derjenigen Verwaltungsentscheidungen zu übertragen, für die gegenwärtig das Reichsversicherungsamt zuständig ist (z. B. in Kotapflichtigkeiten, bei Tarifbeschwerden und dergl.), unter Vorbehalt der Revisionsbeschwerden an letzteres (z. B. der Revisionsbeschwerden) und Grundbesitz (z. B. Aufträgen)?
e) Wie kann bei rechtlich erzwingbaren Ansprüchen der Versicherungsleiter unter Wahrung des Rechtes des Versicherungsnehmers, zu solchen Ansprüchen an sein Vermögen zunächst selbständig Stellung zu nehmen, dem Rechte der Rentenfestsetzung mehr als bisher der Charakter einer wirklichen ersten Instanz gegeben werden? Soll insbesondere das Reichsversicherungsamt berufen sein, die Entscheidung vorzubereiten? Ist seiner amtlichen Aufsicht für die Entscheidung die Bedeutung eines bloßen Gutachten beizulegen oder darüber hinaus die eines Vorschlags, der für den Versicherungsleiter zwar nicht bindend ist, über den er sich aber auch nicht ohne weiteres einseitig hinwegsetzen darf?
f) Wie ist der Instanzenzug für das Rentenfestsetzungsverfahren zu gestalten?

1. Nach unserer Ansicht müßte das Versicherungsamt im allgemeinen für den Bereich etwa einer preussischen unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden; ob für rein ländliche Gegenden die Grenzen etwas weiter gezogen werden könnten zwecks Ermöglichung einer vollen Beschäftigung desselben, wäre näher zu erörtern. Schon wegen letzterer Erwägung wäre das Versicherungsamt von der unteren Verwaltungsbehörde selbst (dem Landrat u.) möglichst frei und unabhängig zu halten, vielmehr aber noch, um auch den Scheitern etwaiger behördlicher oder sonstigen Beeinträchtigung zu vermeiden. Der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes muß für das Selbstbestimmungs- und Verwaltungsrecht der Beteiligten weiten Spielraum lassen. Wenn es sich auch nicht umgehen lassen wird, daß der Geschäftsführer des Reichsversicherungsamtes Beamteneigenschaft erhält, so muß derselbe u. U. doch aus einer Wahl (analog der Wahl der Bürgermeister) hervorgehen. Das wäre wenigstens eine Sicherheit für eine selbständige und vertrauenswürdige Stellung des Versicherungsamtmannes. Den Laienvertretern (Arbeitgeber und Versicherte) wäre ein entsprechendes Anordnungs- und Kontrollrecht sowie in Entscheidungssachen die Entscheidung einzuräumen. Die Wahl der zuletzt genannten Funktionäre des Reichsversicherungsamtes müßte ebenso wie die sonstigen Wahlen auf Grund der Versicherungsgeetze durch das Verhältniswahlsystem geknüpft werden, um allen Richtungen eine ihren Verhältnissen entsprechende Vertretung zu sichern. Eventuell wären Wahlkreise zu schaffen.

Am gleich dem Einwand zu begegnen, daß durch die Berufung des Versicherungsamtmannes, von dem bestimmte Qualifikationen zu verlangen wären, durch Wahl den Parteivertretern Einflüsse verschafft und die wirklich tüchtigsten ferngehalten werden könnten, ließe sich die Frage erörtern, ob nicht dem Oberversicherungsamt die Befähigung des Gewählten mit Reichsversicherungsrecht der Wahlberechtigten an das Reichsversicherungsamt vorzubehalten wäre. Oberversicherungsamt sowohl wie Reichsversicherungsamt hätten ihre Entscheidung mit Gründen zu versehen. So wenig wir Einflüsse für Parteivertretern wünschen, ebenso wenig aber wollen wir durch die Einrichtung des Versicherungsamtmannes eine Unzulässigkeit für Militäranwärter geschaffen sehen, und deshalb auch halten wir die Wahl des Versicherungsamtmannes für notwendig.

2. Die Aufgaben des Versicherungsamtes, seine Rechte und seine Pflichten müßten mit großer Sorgfalt gesetzlich umgrenzt werden, nicht etwa durch bundesräthliche oder andere Verordnungen; das behördliche Beauftragungs- und Anordnungsrecht hätte sich nur im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu bewegen. Als Aufgabe des Reichsversicherungsamtes würden zunächst alle diejenigen Arbeiten in Betracht kommen, welche heute von den Bürgermeistern, Magistraten, Landratsämtern und Polizeibehörden erledigt werden. Auch ließe sich erörtern, ob dem Versicherungsamt nicht auch Aufgaben des Arbeitsnachweises, insbesondere hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und Unfallversicherung, übertragen werden könnten. Bekannt ist ja die Forderung, den Arbeitslosen im Interesse der Vorbeugung von Krankheiten solche Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Aber wohl kein auf den Erfolg bedachter Sozialpolitiker wird bezweifeln, daß man den in der Mehrheit aus Arbeitern zusammengesetzten Organen der Arbeitslosen, welche wir auch in der Zukunft so organisiert sehen wollen, Kompetenzen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises nicht geben wird. Die Einmündigkeit aber, die man gegenüber den Arbeitslosen oder Übertragung der gesetzlichen Aufgaben machen wird, fallen gegenüber den paritätisch zusammengesetzten Versicherungsämtern in sich zusammen.

Soll das Versicherungsamt Inhalt und Bedeutung haben, dann muß es mit viel weitreichenderen Rechten ausgestattet werden, als wie sie heute die unteren Verwaltungsorgane besitzen. Wenigstens in sehr vielen Bezirken würde es sich angewiesenheit ermöglichen lassen, den Versicherungsämtern die Rentenfestsetzung, die Ermittlung von Heilbescheinigungen und ähnliche Aufgaben, wie sie heute von den Versicherungsleitern selbst erledigt werden, zu übertragen. Das hätte den Vorzug, daß die Feststellungs- und Anordnungsbehörde in unmittelbare Beziehungen zu dem Versicherten treten kann, und dieser mehr wie bisher von der Überzeugung durchdrungen sein wird, daß die Versicherung nur sein Bestes erreicht. Soweit eine direkte Anordnungsbehörde dem Versicherungsamt nicht übertragen werden könnte (insbesondere die Ermittlung von Heilbescheinigungen) wäre dies aber wohl immerhin möglich, ließe sich vielleicht eine wirksame Arbeitsteilung dadurch erzielen, daß das Versicherungsamt nach vorheriger mündlicher Verhandlung durch einen mit Gründen versehenen Bescheid zu dem gelangt gemachten Vorbescheidensentscheidungen des Versicherten Stellung zu nehmen, also einen Vorbescheid zu erlassen hat, wie er heute schon von den Versicherungsleitern in Unfällen beim Rentenbewerber genehmigt werden muß. Dadurch würde ein solcher Vorbescheid Inhalt und Zweck erhalten, was er bei der jetzigen Anordnung nicht hat.

Das im Einzelnen darzulegen, würde hier zu weit führen. Die Versicherungsleiter aber verstehen uns schon. — Voraussetzung für eine wirksame positive Arbeit des Reichsversicherungsamtes wäre allerdings, daß dasselbe auf Kosten der Versicherungsleiter weitgehende Weiserehebungen vornehmen kann und gegebenenfalls auch vornehmen muß. Insbesondere müßte die Einforderung von ärztlichen Gutachten und Obergutachten bereits hier, in der unteren Instanz, erfolgen. Dadurch würde zahlreiche Rentenprozesse aus dem Wege gegangen und eine große Entlastung der Oberversicherungsämter und des Reichsversicherungsamtes erzielt werden. Die Weiserehebungen, insbesondere die Einforderung von Obergutachten von einem seitens des Rentenbewerbers benannten Arzte, müßte auf Antrag geschehen, wenn der Rentenbewerber einen entsprechenden Kostenvorschuss deponiert, der unter gewissen Voraussetzungen verfallen könnte, um einen Mißbrauch dieses Rechts seitens des Rentenbewerbers zu vermeiden. Auf diese Weise würde dem vielbeklagten Uebelstand abgeholfen werden, daß den Versicherungsleitern alle medizinischen Autoritäten zur Verfügung stehen, während der Rentenbewerber oft nicht mal von seinem eigenen Arzte ein Attest bekommen kann.

3. Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung (Oberversicherungsamt) würden in ihrer gegenwärtigen Gestalt wohl bestehen bleiben können; gegen die Verminderung der Richterzahl jedoch müßten wir uns energisch wehren; viel eher wäre eine Erhöhung derselben von 5 (wie jetzt) auf 7 zu empfehlen, weil dadurch in erhöhtem Maße den Eigentümlichkeiten der einzelnen Bezirke Rechnung getragen werden könnte. Es müßte auch nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um den Laienmitgliedern der Gerichte einen größeren Einfluß auf die Entscheidung zu verschaffen. Vielleicht ließe sich das dadurch erzielen, daß denselben einige Tage vor der Sitzung der wichtigste Inhalt der Akten mitgeteilt würde; sie kämen somit in etwa informiert zur Spruchung. Auch dürfte es zur Erzielung eines möglichst weitgehenden Vertrauens der Versicherten zu den Schiedsinstanzen durchaus angebracht sein, gesetzlich festzusetzen, daß die von Arbeiterorganisationen angestellten Funktionäre (Generalsekretäre, Volksbureau-Sekretäre u.) als vollberechtigte Parteivertreter bei den Versicherungs-Geschäften mitwirken können. Letzteres ist notwendig, weil Rechtsanwältinnen zur Vertretung in Versicherungsangelegenheiten aus den verschiedensten Gründen nur selten gewonnen werden können, und die ergebnlosen Personen durchweg über ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiete des Versicherungsrechts verfügen. Eine solche Vertretung für die Versicherten ist umso mehr notwendig, als die meisten von sich schon ihr eigenes Rentenverhältnis mit allen Einzelheiten angeführten Vertretern der Versicherungsleiter an Gerichtsstelle gegenüberstellen. Erwägenswert wäre ferner, ob nicht die heute von dem Regierungspräsidenten und sonstigen Verwaltungsbehörden zu treffende Entscheidung den Vorständen des Oberversicherungsamtes zu übertragen seien, mit der Bestimmung, daß Fragen der Versicherungsämter, des Reichsversicherungsamtes u. nach vorheriger mündlicher Verhandlung zu entscheiden sind. Eine Anlehnung des Oberversicherungsamtes an die Regierung ist zu vermeiden, weil hierdurch allzu sehr ein Schein von Abhängigkeit entsteht. Vielmehr wäre das Oberversicherungsamt hinsichtlich seiner Organisation und freien Stellung möglichst dem Landgericht anzupassen.

4. Die unter e) gestellte Frage des Reichsamtes des Innern haben wir bereits zu Nummer 2 erörtert. Zu bemerken wäre noch: Soll dem Versicherungsamt das Recht einer definitiven Entscheidung oder der Errichtung des bestrittenen Vorbescheides über Ansprüche des Versicherten nicht gegeben werden, so ist es aber im Interesse größeres Vertrauens der Versicherten gegenüber den Versicherungsleitern notwendig, daß bei den Entscheidungen über Ansprüche alle Einseitigkeit vermieden werden muß. Das läßt sich aber im geringsten Maße nur dadurch erreichen, daß sowohl bei den Versicherungsämtern wie auch bei den Versicherungsleitern paritätisch zusammengesetzte Entscheidungsausschüsse eingerichtet werden, wie sie in vergangener Winter schon von unserem Kollegen Seiler im Reichstagsverlaug worden sind. Solche paritätisch zusammengesetzte Entscheidungsausschüsse ist es viel eher möglich, die Bestimmungen der Versicherungsgeetze richtig anzuwenden, wie dem einseitig nur aus Arbeitgebern zusammengesetzten Vorständen der Unfall-Versicherungsämter und den besetzten Vorständen der (Zusammen-) Versicherungsämter.

5. Der nach unserer Meinung einzuführende Instanzenzug ist bereits in dem Dargeführten mehrfach angedeutet worden. Wir präzisieren ihn folgendermaßen:

Das Versicherungsamt nimmt alle Entscheidungssachen entgegen und sorgt für eingehende Klärung der Sach- und Rechtslage; das verordnete Versichernamt, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, hat die Leitung, Beaufsichtigung und Verantwortung hinsichtlich der Entscheidungssachen. Ihm liegt es auch ob, nach vorheriger mündlicher Verhandlung entweder die Entscheidung festzustellen, oder aber mindestens durch begründeten Vorbescheid derart Stellung zu nehmen, daß zur unteren Instanz besonderen Umständen der Versicherungsleiter unter Überlegung der Gründe des Reichsversicherungsamtes eine andere Entscheidung treffen kann und darf.

Gegen die endgültige Rentenfestsetzung u. wäre der bisherige Rechtsweg beizubehalten. Eine Befreiung des Versicherten und Ansehung in Revisionsrecht ist anzustreben zu beklagen, weil der Revisionsbeschwerden im großen Publikum jetzt und in Zukunft nicht vorhanden wird und deshalb nur böses Blut macht.

Die Zahl der Streitigkeiten dürfte aber auch bei dem vorgeschlagenen Ausbau ganz bedeutend heruntersinken.

Zur Arbeiterinnenfrage

Unsere Kollegin aus München E. schreibt uns: Vor vieles ist schon über die Arbeiterinnenfrage geschrieben und gesprochen worden, aber immerhin ist es eine dringende Notwendigkeit, ihn

und wieder diese Frage zu erörtern, spielt sie doch gerade im heutigen Wirtschaftsleben eine beachtenswerte Rolle. Um die Lage der Arbeiterin zu verstehen, ist vor allem notwendig zu wissen, wie und wo und durch sie entstanden ist.

Die Arbeiterin kann als eine Erscheinung der Neuzeit angesehen werden. Es gab wohl schon im Mittelalter Frauen, die gewerblich tätig waren, eine Fabrikarbeiterin im heutigen Sinne konnte man damals aber noch nicht. Heute kann von einer Arbeiterinnenklasse geschrieben werden. Das Entstehen derselben ist hauptsächlich auf die Erfindungen und die Vervollkommnungen der Maschinen zurückzuführen.

In der sogenannten guten, alten Zeit, da konnte der Dichter mit Recht so schön sagen: „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, muß wirken und streben“, und die Frau wurde gepriesen als Hüterin des häuslichen Glückes, haltend und waltend als liebe Gattin, als treue Mutter am häuslichen Herde. So sollte es freilich heute auch noch sein. Allein die Zeit ist eine andere geworden, die Verhältnisse haben sich derart gestaltet, daß auch die Frau hinaus muß ins feindliche Leben, auch sie muß ringen und streben. Sehen wir uns die Zahlen der gewerblich tätigen Arbeiterinnen an, und wir müssen konstatieren, daß die Zahl derselben bedeutend gestiegen ist und noch fortwährend steigt. Die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten weiblichen Personen beträgt gegenwärtig über eine halbe Million. Weit über die Hälfte aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen sind Arbeiterinnen. Bemerkenswert ist es aber noch, daß die Hälfte derselben verheiratete Frauen sind.

Die Frau gehört ins Haus, hört man sehr oft sagen, aber wer damit die moderne Arbeiterinnenfrage zu lösen glaubt, ist ein armer Tor. Würde es überhaupt möglich sein, die Frauarbeit ganz zu beseitigen? Das muß entschieden verneint werden, denn es würde verschiedene Teile der Industrie, wenn auch nicht ganz ruiniert, so doch schwerwiegend und auch nicht im Interesse der Arbeiterinnen selbst liegen. Man ist heute jedoch zu der Einsicht gelangt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen eine naturnotwendige Forderung ist. Eine Vorfrage über den gesetzlichen Feiertag ist dem Reichstage bereits zugegangen. Dasselbe hat aber nur soweit praktische Bedeutung, als der durch die Arbeiterorganisationen geschaffene Zustand gesetzlich sanktioniert wird. Der Feiertag ist bereits überall üblich.

Ueber die Folgen der Arbeit verheirateter Frauen möchte ich nur kurz einiges anführen, denn über dieses Kapitel könnte man ganze Bände schreiben. Die Frau wird ihrem natürlichen Vermögen entzogen, die Kinder sind nun insofern auf sich selbst angewiesen. Gerade in der jetzigen Zeit wird so viel geklagt über die verrohte Jugend, und über die Statistik über jugendliche Verurtheilte dürfte kaum eher eine Zunahme als eine Abnahme feststellen. Die Schuld ist größtenteils, wenn auch nicht ganz, auf die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen zurückzuführen. Nehmen wir dann all jene Krankheitsfälle, deren Keime auch in der Fabrikarbeit zu suchen sind und welche von Geschlecht zu Geschlecht sich übertragen. Das sind Schanden, an denen der Arbeiterstand, ja die ganze menschliche Gesellschaft leidet. Dann noch gerade der gewaltige Mißstand, der unsern gesamten Wirtschaftsleben ganz enorm schadet, finden wir in der Frauarbeit, daß nämlich diese billiger bezahlt wird und die Frau so zur Konkurrentin des Mannes wird. Gleichwertige Arbeit verdient gleichen Lohn, diesem Grundsatz wird jedoch wenig Rechnung getragen. Während früher die Arbeiterin als lästige Konkurrentin betrachtet wurde, wird sie heute als gleichberechtigte Mitarbeiterin anerkannt, was auch weit richtiger ist, müssen doch beide ihre Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmers stellen und haben also genau unter denselben Mißständen zu leiden.

Aus dem bereits erwähnten geht klar hervor, daß die Organisation für die Arbeiterinnen doppelt notwendig ist. Zunächst und Abertausende von Arbeiterinnen gibt es noch für unseren Verband zu gewinnen, obgleich wir mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Bei den meisten Arbeiterinnen fehlen die geistigen Voraussetzungen, die unbedingt notwendig wären zu gewerkschaftlichem Handeln und Denken. Es sieht dann noch bei sehr vielen das Nachdenken über den Zusammenhang der Beziehungen zwischen Arbeit und Unternehmer, über Lohn und Arbeitsleistung, über Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterhandbündnisse. Ja, selber denken können eben noch sehr viele Arbeiterinnen nicht. Die meisten leben so gebannt in den Tag hinein. Es hängt dieser Vorwurf zwar etwas stark, aber es ist nun einmal so. Man hat ja bereits versucht, mit Fand und Gramm die Intelligenz der Arbeiterinnen zu bestimmen, um im besonderen herauszubringen (auch mit der Größe, nicht bloß mit dem Gehalt), ob der Mann gekochter sei als die Frau. Schöne Resultate dieser Experimente haben dann zu dem Satz von den langen Haaren und dem kurzen Verstande geführt. Ob dies nun auch immer zutrifft, ist kaum bezweifelbar. Aber immerhin ist das Denken auch für unsere organisierten Arbeiterinnen unbedingt notwendig. Nicht immer bloß andere für sich denken lassen, sondern sich selbst in die Gewerkschaftsarbeit vertiefen. Rebe wie bisher müßten die Kolleginnen dies beachten, weil gerade sie die heilige Pflicht haben, die noch zurückgebliebenen für unseren Verband zu gewinnen. Der beste Agitator in der Arbeiterinnenagitation ist gerade die Arbeiterin, vorausgesetzt, daß sie das nötige Wissen und Verständnis besitzt. Wissen ist heute das höchste Gut. Woher man dies Wissen nehmen? Werden sich vielleicht einige Kolleginnen fragen. Nun, hier ist es nicht in unserm Verstande Selbsterziehung in Höhe und Fülle? Es sei nur auf die gewöhnliche Erziehung unsern Verbandsvorgans hingewiesen, dann auf die Versammlungen, in denen die Kolleginnen so oft durch Abwesenheit glänzen, ferner möchte ich noch für die Arbeiterinnen Unterrichtsende einfließen lassen, da dieselben viel zur Erziehung unserer Arbeiterinnen beitragen würden. Wenn wir alles beherzigen und es auch im kommenden Winter in Anwendung bringen, wird es uns sicher zum Nutzen und Segen unseres Verbandes gereichen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

M.-Gladbach.
Wie schon in einer früheren Nummer berichtet wurde, haben die Vertreter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ihre Stellungnahme in der Frage des Doppelstuhles geändert. In gemeinsamer Sitzung wurde nochmals über die Bedingungen beraten, die bei event. Verhandlungen als Richtlinien dienen sollten. Von einem starren Schema kann in solchen Fällen keine Rede sein, weil jeder Fall in sich selbst eine Lage der Verhältnisse beizubringen muß. Auf Grund dieses fand durch Vertreter P.aff von dem „deutschen“ aus Rheingebiet — weil die Firma mit dem Gladbacher Geschäftsführer nicht verhandeln wollte — und unserm Bezirksleiter P.ermes sowie dem Lokalbeamten Witterkind bei der Firma U.eter u. G.els eine Verhandlung statt. Das Ergebnis haben wir in der vorigen Nummer mitgeteilt.

Ueber die Formulierung fand vor Abfassung eine Aussprache statt, und vor Abjendung an die Firma wurde dem Vertreter der „deutschen“ ein Abzug mit dem Bemerkten zugestellt, etwaige Beanstandungen u. m. g. e. h. d. mitzuteilen. Da nun nach zwei Tagen eine Rückäußerung nicht erfolgte, wurde der Firma auf Verlangen des Arbeiterausschusses die schriftlich niedergelegten Vereinbarungen zugestellt. Derselben waren vorher, als den Verhandlungen entsprechend, von einem Mitgliede des Arbeiterausschusses als richtig anerkannt worden. Nachher kam nun auch eine Rückäußerung seitens des Vertreters P.aff. Ob diese deshalb so spät eintraf, weil er, wie er angab, vorher noch mit dem Gewerkschaftsleiter Rücksprache genommen hatte, entzieht sich unserer Beurteilung. Wohl können wir beurteilen, daß verschiedene Änderungsvorschläge den gewöhnlichen Verhandlungen resp. Vereinbarungen entsprechend ganz entgegengekommen sind.

Jetzt geht der Gladbacher Geschäftsführer damit hausieren, unterseits sei ohne den „deutschen“ zu hören, bei der Firma einseitig vorgegangen worden. Es zeigt sich also wieder, daß man auf dieser Seite im Entstellen seinen Meister sucht. Aus dem ganzen ist zu ersehen, mit welchen Mitteln seitens der „deutschen“ gearbeitet wird. Wenn sie der Meinung waren, uns zur Unterzeichnung von Fälligkeiten benutzen zu können, so hatten sie sich gewaltig geirrt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß Vereinbarungen getroffen werden, um sie zu halten. Hier äußert es sich, daß wir bezgl. der Wertschätzung mit den „deutschen“ im Gegensatz stehen. Unsere Weltanschauung verbietet uns, bei Abmachungen jedwede Fälligkeiten zu unterschreiben. Diejenige Grundjah haben wir von Anfang an in der christlichen Gewerkschaftsbewegung vertreten. Es war auch nicht anders möglich. Die Gegner haben aber wieder mal gezeigt, wie sie sich über Treu und Glauben hinwegzusetzen wagen. Dieses muß jedem noch denkenden christlich gesinnten Arbeiter die Augen öffnen. Er muß sich sagen, in den gleichen, wo vor so etwas nicht zurückgeschreckt wird, gehöre ich nicht, ich gehöre in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die Weber der Firma Peter Drusen hier selbst haben am Samstag — mit Ausnahme von 3, die sich nicht vollständig erklärten — die Kündigung eingereicht. Die Firma hatte an die Arbeiter das Annehmen gestellt, einer Außertrassierung eines Teiles des § 124 der Gewerbeordnung zuzustimmen. Durch eine Hebererhöhung erreichte die Firma dieses bei einem Teile der Arbeiter. Ein anderer Teil verweigerte die Unterschrift und erhielt dafür von der Firma die Kündigung. Hieraus zogen auch die ersten ihre Unterschrift zurück.

Da die Firma in verschiedenen Verhandlungen die Kündigung der betreffenden nicht zurücknahm und andererseits auf Anerkennung des Revocates bestand, richteten am Samstag die anderen Arbeiter die Kündigung ein.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mans. Unsere Versammlung von Dienstag Abend war gut besucht. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Der folgende Punkt betraf eine dringliche Angelegenheit. Da aber kein endgültiges Resultat erzielt werden konnte, wurde die Sache an das Kartell verwiesen. Weiter wurden die Neuerungen in unserm Verband besprochen. Ein Antrag, den erhöhten Beitrag schon vom 1. Januar ab in unserer Ortsgruppe einzuführen, fand einstimmige Annahme. (Bravo D. H.) Zum Kassenrevisor wurde Kollege Rath. Bucher, zum Kartelldelegierten Kollege Kasper. Verbands neugewählt.

NB. Das Brautgeld wird von jetzt ab nur noch des Sonntags, vormittags von 11—12 Uhr, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankentafelscheines, beim Kassierer abbezahlt. Im übrigen möge man die Paragraphen unseres Statuts etwas genauer durchlesen, um vor Enttäuschungen bewahrt zu bleiben.

Warren. Nach dem vom Vorstände aufgestellten Winterprogramm sollen für die Kollegen der einzelnen Bezirke mehrere Versammlungen stattfinden. Die am 14. d. M. abgehaltene Niemenbrecher-Versammlung war sehr gut besucht. Nach einem Vortrag und ausführlicher, lebhafter Diskussion beschloßen die Kollegen einstimmig, ab 1. Januar den 40 Pf. Beitrag und ab 1. April einen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu zahlen. (Bravo D. H.) Die Versammlung ehrte den Tod der verunglückten Bergleute in Hom in üblicher Weise. Hiermit werden die Mitglieder noch ganz besonders auf unsern, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat stattfindenden Unterrichtskurs aufmerksam gemacht, welcher im Hörsaal (unten) ohne Eintrittswang vom Kartell arrangiert wird. Außerdem sei nochmals an die am 28. November stattfindende außerordentliche Generalversammlung erinnert, in welcher unser Zentralvorstand, Kollege Schiffer referieren wird.

Der Wertmesser

für die Schlagfertigkeit einer Organisation ist die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder. Nur eine solche Arbeiterschaft wird die Kulturhöhe erklimmen, die durchdrungen ist von Kollegialität und Standesachtung. Der Beifall dieser Standesstugenden hundert sich in freudiger Opferfähigkeit!

fein. In der Sitzung der hiesigen Handelskammer am 28. Oktober wurde nun bekannt gemacht, daß der Vorsitzende der Einkommensteuer-Beratschlagungskommission angedeutet habe, die Lohnangaben der Arbeitgeber erst Ende Januar einzuziehen, anstatt wie bisher, in den ersten Tagen desselben Monats, da es vielfach vorkomme, daß dann die Arbeitgeber noch keine Abschlüsse gemacht und den Lohn nur für 1/4 Jahre angeben. Dieses aber führte zu vielen Einprüfungen, da die Berechnung auf das ganze Jahr nicht immer als maßgebend angesehen werden könne und auch die Löhne im letzten 1/4 Jahr in den meisten Fällen niedriger seien. Die auch in unserm Bezirk sehr stark aufgetretene Krise hat in diesem Jahre das Einkommen der Arbeiter vermindert, sodaß begründete Aussicht vorhanden ist, daß sich die Steuererhöhrungen im nächsten Frühjahr noch vermehren. Es sei deshalb an unsere Kolleginnen und Kollegen die dringende Bitte gerichtet, die vom Verbands eingeleiteten Lohnnotierungen scharf wahrheitsgemäß und ohne Unterbrechung auszufüllen, damit sie auch die vom Arbeitgeber ausgestellten Lohnauszüge mit ihrer Aufzeichnung vergleichen können und, falls der Arbeitgeber sich weigert einen Lohnauszug auszustellen, können die Einsprüche auf Grund des Lohnnotierungsbuches erhoben werden. Es wird in manchen Fällen viel Bedrueß und auch Arbeitsverluste erspart bleiben.

NB. Die Kollegen werden dringend ersucht, die in den Betrieben zu besuchenden Stellen auf dem Bureau zu melden, damit den Arbeitslosen sofort die Stellen vermittelt werden können.

Wohlfahrt. Arbeiter als Schöffen. Auf Antrag der hiesigen Ortsgruppe unseres Verbandes sind vor Kurzem an dem hiesigen Amtsgericht einige Kollegen unserer Ortsgruppe als Schöffen ausgelost worden. In unserem Stadtparlament sind wir bereits mit drei Kollegen vertreten. Die Einordnung des Arbeiterstandes in die bestehende Ordnung macht also auch in Wohlfahrt Fortschritte. Ein Erfolg der Arbeiterbewegung, der gewiß nicht an letzter Stelle genannt werden darf.

Burgwaldnief. „Ein untauglicher Vertrauensmann“. Um unsere Kollegen draußen im Lande neben dem alltäglichen auch mal etwas neues zu bieten, teilen wir ihnen aus unserer Ortsgruppe das nachfolgende mit. Herr Michael Berger, Inhaber eines Schuhgeschäftes, Verkäufer fertiger Anzüge, Direktor eines Betriebes von ungefähr einem Dutzend Weber, will Vertrauensmann unseres Verbandes sein und Generaldirektor von drei Betrieben aus unserm Ort. Unser Kassierer, der bei ihm sich als Vertrauensmann benehmen wollte, erklärte ihm jedoch, daß dieses nicht angängig sei. Was veranlaßt den Herrn Generaldirektor nun, bei uns die Funktionen eines Vertrauensmannes auszuüben? Das gericht so: In unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ erschien vor Kurzem eine Notiz, daß Herr Berger die Löhne reduziert habe; dieses sei die Folge davon, wenn die Arbeiter unorganisiert seien. Als Herr Berger dieses las, wurde er furchtbar und stellte er drei organisierte Arbeiter vor die Alternative, entweder aus dem Verbands zu gehen oder die Reduzierung entgegenzunehmen. Die drei Kollegen traten daraufhin aus der Organisation — aus, und Herr Berger glaubte jetzt — Ruhe zu haben. Aber o Graus! kaum hatte Herr Berger diesen „Machtwort“ ausgesprochen, da erschien ein neuer Artikel, der sich etwas näher mit den Praktiken des Herrn Berger befaßte; es wurde in einer Mitgliederversammlung die Maßnahme des Herrn Berger beleuchtet.

Darob geriet Herr Berger ganz außer sich; der Verband hatte es ihm angetan. „Ich will nichts mehr vom Verbands riechen, geschweige denn hören“, so ließ sich Herr Berger vernahmen, und diese Worte setzte er in die Tat um. Ein Vertrauensmann von uns fing bei der Firma, wo Herr Berger Direktor ist, zu arbeiten an. Sofort wurde an ihn das Ansuchen gestellt, aus dem Verband zu treten oder die Fabrik zu verlassen. Dieses Mitglied verließ die Fabrik nicht, sondern trat ebenfalls — aus. Als nun keiner der Angestellten der Firma unsern Kassierer diese Forderung abbringen wollte, übernahm der Generaldirektor Berger selbst freiwillig das Amt eines Vertrauensmannes und begab sich zum Kassierer, um das Mitglied pflichtschuldigst abzumelden.

Doch unser Kassierer nahm die Abmeldung vom freiwilligen Vertrauensmann alias Generaldirektor Berger nicht an (da handelte der Kollege ganz korrekt, denn wir können nicht jeden, insbesondere keinen Generaldirektor, als Vertrauensmann gebrauchen, die müssen in der Generalversammlung gewählt werden. D. S.), er sagte, der Mann müsse sich selber abmelden.

Als Herr Berger nun sah, daß es doch noch leichter ist, Generaldirektor zu werden als Vertrauensmann in unserm Verbands, machte er seinem bedrängten Herzen Luft. Er erklärte: Er sei „Generaldirektor“ der drei Betriebe Aktiengesellschaft, Greven u. Herberg und Deuß u. Decker, man würde ihm nichts machen, er würde nicht eher ruhen, bis er den Verband kaputt habe. Bspätkommendelement, ist das aber ein Schicksalswort, dieser Herr „Generaldirektor“! Wenn er nur nicht die Rechnung ohne den Verbands macht! Er haben sich daran schon andere Größen die Zähne ausgebeißt, als wie der Herr Michael Berger in Burgwaldnief eine ist. Wir wollen heute nicht zu viel veratzen; nur das eine mag sich der Herr Berger merken, er hat sich gründlich in die Weste gefügt, und zu gegebener Zeit wird er die Wirkung dieser seiner Wahnsinnigkeit schon zu spüren bekommen. — Ob es nun zutrifft, daß Herr Berger die „Generaldirektorenwürde“ bei der Firma Deuß u. Decker bekleidet, wissen wir nicht; wir wagen jedoch zu betreiben, und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht annehmen, daß Herr Hülsmann aus Schiefbahn als Sachmann sich einen Generaldirektor auf die Nase setzen läßt, der unsern Wissens von der Fabrikation der Firma Decker sehr wenig versteht.

Sollten wir uns aber in unserer Ansicht irren und Herr Berger wirklich Generaldirektor der Firma Decker sein, dann wissen wir ganz bestimmt, daß der Herr Kommerzienrat Decker es nicht dulden wird, daß ein von ihm bezahlter und angestellter Beamter den Leuten das Koalitionsrecht beschneidet, selbst dann nicht, wenn dieser Generaldirektor ist und Michael Berger heißt.

Für heute wollen wir hiermit unsere Ausführungen schließen; wir glauben, unsern Kollegen und Kolleginnen gezeigt zu haben, daß unter Herrgott allerlei Köstlinge auf der Welt hat.

Coesfeld. In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Railwe über die Bezirkskonferenz, nachdem Kollege Hemming den Kassenbericht erstattet hatte. Kartelldelegierter Humm berichtete über die Kartellleistungen. Es sei ein gemeinsamer Wohneinlaß geplant; in diesem Winter soll ein Lichtbildvortrag gehalten werden. Zum Krankenkassenvertretertag wurden gewählt die Kollegen Böttchhoff und Burchhoff. Kollege Bormann spornte zum Eintritt in den Arbeitervereinsverein ein.

Am 25. Oktober hielten wir eine vollständig besuchte Vertrauensmänner- und Agitatorenversammlung ab. Bezirksleiter Lenzing behandelte die Notwendigkeit der Organisation und die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Kollege Bormann sprach über den Wert der Agitation, namentlich unter den Arbeiterinnen. Die Versammlung hatte den Erfolg, daß sich 13 Kollegen als Agitationsmitglieder meldeten und daß für die agitatorische Tätigkeit reiche Fingerzeige und edle Begeisterung gegeben wurde.

Dülken. Berichtigung. Herr Eduard Cohnen aus Dülken teilt uns mit, daß er nicht für den Ausschluß eines Arbeitswilligen aus unserm Verband getrimmt, sondern sich der Abstimmung enthalten habe. Dies zur Richtigerstellung zu dem Artikel in Nr. 38 unserer Textilarbeiter-Zeitung unter Dülken. Ein Kommentar zu dieser Berichtigung ist wohl nicht nötig.

Eupen. In der am 7. November stattgefundenen Generalversammlung erstattete zum ersten Punkt der Tagesordnung der Kassierer Joh. de Pessele den Kassenbericht. Hierauf hielt unser Bezirksleiter Kollege Weber einen Vortrag über die wirtschaftliche Krise und die Stellung der Gewerkschaften während derselben. Sodann referierte unser Vorsitzender, Kollege Bartholomey, in ausführlicher Weise über die Doppelstuhlbewegung bei der Firma W. J. Strom in Eupen. In der sich anschließenden Diskussion über diesen Punkt wurde das Gebahren verschiedener Unorganisierter und Nichtkollegen scharf gekennzeichnet, die sich, als die Bewegung einsetzte, als die Maximalisten aufstellten, und die Arbeit sogar unter Kontraktbruch verlassen wollten, und die erst von diesem unsinnigen Schritt Abstand nahmen, als ihnen die Folgen, die dadurch entstehen könnten, durch die Verbandsleitung vor Augen geführt wurden. Als der Streit einige Wochen dauerte, spielten dieselben Leute schon Berichterfater für die Firma und boten, die Arbeit bedingungslos aufnehmen zu dürfen.

W. Gladbach. Laut Beschluß des christlichen Gewerkschaftsartikels findet am 11. und 12. November, den 18. November, eine Versammlung für die Ortsgruppen- und Hauptstellen-Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und Förderinnen sämtlicher christlichen Bezirksgruppen im katholischen Gefellenhause, Dahlenerstraße, statt. Hierzu hat der Reichstagsabgeordnete J. Wiesberts das Referat übernommen. Es gilt, den in der Agitation tätigen Kollegen neue Anregungen und Winke zu geben und sie zu tatkräftiger Arbeit für unsere Sache zu begeistern. Gleichzeitig machen wir schon darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr im Ballon-Saal der Kaiser-Friedrichshalle eine große Versammlung stattfindet, in der Herr Dr. Eichelberg einen Vortrag halten wird, über Sänglingspflege. Zu dieser Versammlung sind die christlichen Gewerkschaftler mit ihren Frauen dringend eingeladen.

Glauchau. Eine anregende Mitgliederversammlung hatten wir am Sonntag, 7. cr. An Stelle des noch immer erkrankten Kassierers, Kollegen Woyppel, gab der Vorsitzende die Vierteljahresabrechnung bekannt, woraus hervorgeht, daß die Gruppe jetzt 58 Mitglieder zählt. Kollege Biau berichtete über die Konferenzen in Langenberg. Ein Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Kimmle, über Ideale und Standesbewußtsein, bildete den Abschluß des Abends.

Greiz. In unserer Mitgliederversammlung am 6. cr. teilte der Vorsitzende Kollege Weer mit, daß der Vaterländische Verein auf Wunsch der Arbeitervereinsvereine eine wirtschaftspolitische Unterrichtsstunde veranstaltet, der jeden Donnerstag abends in Grimes Lot, Zimmer 2-3, stattfindet und am 12. November abends 8 1/2 Uhr beginnt. Dann gab er ein ausführliches Referat über die am 1. April n. J. in Kraft tretende Arbeitslosen-Unterstützung. Kollege Kimmle ergänzte diese Ausführungen. In ausführlicher Weise berichtete darauf der Kollege Paul Kants über die am 11. Oktober in Langenberg abgehaltene Konferenz. Durch eine Verlesung von Broschüren und Kalendern gelangten noch viele Mitglieder in den Besitz wertvoller sozialer Literatur.

Gröschmann. Am Donnerstag, 5. cr. hatten wir unsere bisher best besuchte Mitglieder-Versammlung. Fast alle Kollegen und Kolleginnen waren anwesend. Als Redner war Kollege Voigt aus Forst i. Vauß erschienen, der die Anwesenden über die gegenwärtige Krise aufklärte.

Im allgemeinen ist in unserer Gegend ein kleiner Geschäftsaufschwung zu bemerken, wenn auch die günstige Geschäftslage von 1906-07 noch lange nicht erreicht ist.

Jungenbroich. In unserer nicht besonders gut besuchten Mitgliederversammlung vom 8. November gab unser Bezirksleiter Kollege Weber-Anden einen ausführlichen Bericht über die Augsburger Generalversammlung. Es folgte dann ein Bericht über die Bezirkskonferenz. Als Vorstandsmitglieder wurden noch die Kollegen Hubert Menzerath und Th. Reuß gewählt.

Krefeld. Die Situation in der Samtbranche. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Fabrikanten die schlechte Zeit auszunutzen versuchen, um der Arbeitervereinsvereine den Herrschaftspunkt fühlen zu lassen. Besonders sind es einzelne Firmen, welche auf diesem Gebiete sich hervortun. Wir erinnern nur an die Firmen Rottau u. Lenders, M. d. Greiff und Pelzer Webr., Krefeld. Recht wunderbar muß es erscheinen, daß die verarbeiteten Stücke trotz der größten Anstrengung der Arbeiter nicht mehr gut sein sollen. Angenommen, die Kundschaft stellt in der schlechten Zeit größere Anforderungen, so steht andererseits ebenfalls fest, daß die Arbeiter, dank der hohen Strafen, die mitunter geradezu unmensächlich sind, oder unter dem Drucke entlassen zu werden, Arbeiten liefern, die über das normale Maß hinausgehen. Der Verdienst leidet ohnehin unter solchen Umständen empfindliche Einbuße. Dabei kommt dann noch die verkürzte Arbeitszeit, sowie Warten auf Material und dergl. in Betracht. Daß das Vorgehen der Unternehmer große Erbitterung unter den Arbeitern hervorruft, ist selbstverständlich. Unter vernünftigen Umständen kann man eben die unnötige Kwadererei nicht verstehen. Man fragt sich mit Recht, wie ist es denn möglich, daß das über das normale Maß gut verarbeitete Stück Ware jetzt noch weniger gut sein soll, wie ein in der guten Zeit normal verarbeitete Stück? Am Lieferstich heißt es, der Schnitt taugt nicht, das Stück ist gaarig, der Stuhl muß stehen bleiben und dergleichen mehr. Strafen folgen oben drein und zwar in empfindlicher Höhe. Wehrt sich der Arbeiter dagegen, so wird er vor die Alternative gestellt, „Bogel friß oder stirb“, das heißt, erkenne du die Strafe nicht an, so kannst du aufhören. Welche häßliche Praktiken von gebildet sein wollenden Herren. Die unnötige Handlungsweise kommt erst recht zum Ausdruck, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich um feinsteiche Fabrikanten handelt, die ihre langjährigen Arbeiter, denen sie ihren Reichtum zum größten Teile verdanken, den Brotkorb höher

hängen. Man stehe sich nur vor: es ist Herbst, da heißt es Kartoffeln und Gemüse intellern, Winterkleidung beschaffen usw. Wie manche Familienväter und Mütter stehen da mit leeren Händen. Es bleibt ihnen nichts anders übrig, als Schmalhans Küchenmeister sein zu lassen und auf die notwendige Winterkleidung zu verzichten, um Krankheit und Not für sich und für die Kinder zu vermeiden. Fragt man sich nun mal, warum gehen die Fabrikanten so vor, dann kann man ruhig und bestimmt antworten: „Man will einen Vorstoß gegen die Organisation der Arbeiter machen.“ Warum? Der Verkauf der letzten Ausperrung hat manchem Unternehmer „gelbe“ Gewerkschaftsideen eingebläht. Daher kann man es auch verstehen, daß eine Firma vor kurzer Zeit versuchte, den Arbeiterausschuß kalt zu stellen und an dessen Stelle sich selbst einen „Ausschuß“ auszulassen. Leider gibt es auch Arbeiter, die durch den Austritt aus der Organisation den Unternehmern Wasser auf die Mühle liefern. Können diese Arbeiter denn nicht, daß das Ziel der Unternehmung fortgesetzt darauf gerichtet ist, die Organisation der Arbeiter zu schädigen? Das „Perrenium“ brennt sich auf gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter; man wünscht das alte Verhältnis zurück, um wieder nach Willkür schalten und walten zu können, das heißt, den Lohn und die Arbeitsbedingungen nach Belieben zu regeln. Kurzfristige Arbeiter, die in solch erster Stunde ihre Standesbrüder in der Organisation verlassen und den Unternehmern Handlangerdienste leisten. Und erst der Grund des Austritts! Vielfach nur persönlicher Natur, dann stößt man sich an die Vertragsverhältnisse. Markenweise Abzüge werden von den Unorganisierten stillschweigend akzeptiert, aber 10 Pfg. für die Organisation die Woche mehr, werden verflucht. Hätten diese Leute auch nur zum Teil den Mut, gegen ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse so zu opponieren durch die Organisation, wie sie es gegen letztere tun, dann würde es besser um die Arbeiterfrage bestellt sein. Aber die Dummen werden nicht alle. Wenn auch die Organisation nicht mehr unterdrückt werden kann, so verliert sie doch manchmal an Aktionsfähigkeit durch das Vorgehen oben bezichtener Arbeiter, sodaß auch die Organisierten darunter zu leiden haben. Letzteres darf keinen Kollegen veranlassen, seiner Organisation Vorwürfe zu machen, der Spieß muß hier gegen die Schuldigen gerichtet werden; diese müssen auf das Verberliche ihres Tuns aufmerksam gemacht werden. Auch wollen wir uns in der schlechten Zeit nicht zu irgendwelchen unnützen Aktionen verleiten lassen. Werken wir uns die Fabrikanten, welche in der schlechten Zeit so „mutvoll“ sich gebären, für eine günstigere Zeit vor, damit diesen dann gezeigt wird, was unser gutes Recht ist, wieviel sie dann zu bezahlen haben. Grundsätzlich gibt es auch Fabrikanten, welche unnütze Härten so viel wie möglich vermeiden. Hoffen wir, daß die Zahl der letzteren immer größer wird.

Lambrecht (Hr.). In der öffentlichen Kartellversammlung sprach Kollege Schwarz-W. Gladbach über die Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterinnen und unser Bezirksleiter Höhling über Aufgaben der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem, geistigem und sittlichem Gebiete. Wir hatten einige Ueberritte und Aufnahmen zu verzeichnen.

Neumünster. Am 9. November hielt unsere Ortsgruppe mit der Ortsgruppe der Hilfs- und Transportarbeiter eine öffentliche Agitationsversammlung ab. Gewerkschaftssekretär Hartmann aus Hamburg sprach über die Entwicklung und Ausbreitung der Gewerkschaften. In der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen. Im Schlußwort ermahnte noch einmal der Referent, immer trenn zusammenzuhalten und die christliche Gewerkschaftsidee in immer weitere Kreise zu tragen.

Wassenberg. Wir machen unsere Mitglieder auf die am Donnerstag, den 26. cr, abends 7 Uhr im Waldhölzel stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Da unser Bezirksvorsitzender in dieser Versammlung einen Vortrag hält, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Zittau. In einer mit anderen christlich-organisierten Verbandskollegen gemeinsam abgehaltenen Mitgliederversammlung am 6. November berichtete der Vorsitzende über die am 4. Oktober in Zittau stattgefundenen Herbstkonferenz des Gaus Oberlausitz. Dann sprach Kollege Voigt-Forst über die gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse und den Nutzen der christlichen Gewerkschaften. Nach kurzer Diskussion und verschiedenen Bekanntmachungen wurde noch zu reger Beteiligung an der Generalversammlung am 6. Dezember aufgefordert, in welcher Kollege Voigt-Forst über Wert und Nutzen unserer Versammlungen und unseres Verbandsvorgangs sprechen wird.

Aus unserer Industrie.

Der amerikanische Markt nach der Präsidentenwahl.

Dem Ausgange der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten hat, so schreibt die „Leipziger Monatschrift für Textilindustrie“ in ihrem letzten Wochenbericht, die für den Export arbeitende deutsche Industrie seit Monaten erwartungsvoll entgegengeesehen, und die Kunde von der in voriger Woche erfolgten Wahl des Republikaners Taft ist seitens der deutschen Fabrikanten allseitig mit Befriedigung aufgenommen worden, erwartet man doch von der Taft'schen eine baldige Revision des unsere Ausfuhr nach Amerika in so hohem Grade schädigenden Dingley-Tarifes.

Allerdings wird man diese Hoffnung nicht gar zu hoch schrauben dürfen, denn über seine Stellung zur Zolltarif-Revision hat sich Taft in seinem Wahlprogramm wie folgt geäußert:

„Das republikanische System des Schutzes hat zur Festlegung eines Lohn-Standard geführt, der dem Arbeiter eine viel höhere Lebensstellung ermöglicht. Es ist die Politik der republikanischen Partei, diese höhere Lebenshaltung auch weiter zu ermöglichen. Seit dem Inkrafttreten des Dingley-Tarifes haben sich indessen die Herstellungsverhältnisse in einzelnen Industriezweigen geändert. Der Zoll für einzelne Waren ist jetzt höher als die Differenz zwischen den Kosten der Herstellung in Europa und hier zusätzlich eines angemessenen Gewinnes für den Fabrikanten. Ein Mehr über diese Differenz hinaus ist nur ein Hilfsmittel zur Errichtung und Aufrech-

haltung von Monopolen. Andererseits gibt es aber auch Industrien, die nicht genügend geschützt sind und die einen höheren Zoll verdienen. Eine Revision nach diesen zwei Richtungen hin durch eine gleich zu Beginn der neuen Administration einzubringende Spezialgesetzgebung des Kongresses wird das heimische Geschäft möglichst wenig stören.“

Dürfen also die Erwartungen, die man deutscherseits in bezug auf die Erniedrigung der namentlich unsere Textilwaren schwer belastenden Zölle des Dingley-Tarifs hegt, nicht allzu groß sein, so darf andererseits doch nicht verkannt werden, daß mit dem Ende des Wahlkampfes zugleich die Unsicherheit gewichen ist, die in den letzten Monaten so lähmend auf dem gesamten Geschäftsverkehr mit den Vereinigten Staaten lastete und daß der Wiedereintritt stetiger Zustände an und für sich schon eine Belebung unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten zur Folge haben wird. Letzteres ist um so eher zu erwarten, als die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten in den letzten Wochen offenbar eine wesentliche Besserung erfahren hat, wie u. a. auch aus der neuesten Nummer der „New-Yorker Handels-Zeitung“ hervorgeht, welche wie folgt schreibt:

„Unverkennbar deuten alle Anzeichen auf einen Umschwung in der Konjunktur hin, und die schlimmsten Nachwirkungen der Geldpanik des letzten Jahres dürfen als überwunden angesehen werden. Bestellungen kommen wieder in etwas lebhafterem Tempo herein, Zahlungen gehen glatter ein, und überall ringt sich eine hoffnungsfreudigere Stimmung durch. Der Senior des Dry Goods-Jobbing-Geschäftes in den Vereinigten Staaten, Herr Henry Rice, der als Chef der großen St. Louis'er Firma Rice, Stig u. Co. durch das umfangreiche Absatzgebiet dieses Hauses besser vielleicht als irgend ein anderer die Stimmung im ganzen Lande zu beurteilen vermag, ließ sich zu einem Berichterstatter der „New-Yorker Handels-Zeitung“ in folgender Weise über die allgemeine Geschäftslage in der Dry Goods-Branche aus: „Mit den guten Ernten, deren sich das Land wieder erfreut, beginnt auch die starke Stodung, an der das Geschäft seit letztem Oktober litt, nachzulassen, und eine allgemeine wirtschaftliche Erholung hat eingesetzt. Das Volumen der Umsätze ist bedeutend besser, aber die Profite sind noch immer sehr klein. Die Verhältnisse gestalten sich von Tag zu Tag gefünder, das Vertrauen auf bessere Zeiten ist zurückgekehrt, und überall dokumentiert sich wieder neuer Unternehmensgeist. Die Zahl der Beschäftigten in den Industriezentren vermindert sich täglich und man ist mehr hoffnungsvoll gestimmt. Die Läger in den Händen der Retailers sind durch das Zurückhalten von Aufträgen während der Periode der allgemeinen Geschäftsstodung stark zusammengebrochen, und sobald die Kaufkraft dank dem reichen Ertrage aus unseren Bodenerzeugnissen wieder erstarkt ist, kann ein großer Aufschwung nicht ausbleiben. Unter Abzug seit August ist ebenso gut als im Vorjahre, wobei man in Berücksichtigung ziehen muß, daß Waren um 15 bis 20% billiger geworden sind als vor einem Jahre. Auch unsere Kollektionen sind durchaus zufriedenstellend, und das gesamte Dry Goods-Geschäft ist seit den letzten 3 Monaten bedeutend besser geworden.“

Gewerkschaftliches.

Has unseren Verbänden.

Eine gemeine Verleumdung gestattet sich der „Vorwärts“ und mit ihm fast die gesamte sozialdemokratische Presse über den Kollegen Joh. a. n. Giesberts. Man kann auf jener Seite nach dem unglücklichen Nürnberg-Parteitag die Entdeckung machen, daß sie durch möglichst kräftige Schimpferei und direkten Entstellungen über die christliche Arbeiterbewegung und deren Führer die gründliche Blamage von Nürnberg zu übergehen sucht. Da ist den Genossen jedes Mittel gut genug. — Der Sachverhalt ist folgender: Gelegenlich der verschiedenen Lohnbesserungen im Baugewerbe erschienen in der Tagespresse eine Notiz, wonach der Kollege Giesberts einen Arbeitgebertreter erklärt haben sollte, die christlichen Arbeiter, d. h. der christliche Baugewerksverband, verzichten sowohl auf eine Erhöhung des Lohnes wie auch der Arbeitszeit; nur an das Wort „tätig“ würden sie sich fügen. Kollege Giesberts ließ eine Richtigerstellung ergeben, da ihm eine derartige Äußerung, und noch dazu einem Arbeitgeber gegenüber, u n b e w u ß t war. Obwohl verschiedentlich Verhandlungen und Sitzungen zwischen dem christlichen Baugewerksverband und dem Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberverband nach diesem Bortommnis stattfanden, wurde über letzteres doch kein Wort mehr gesprochen. Die Sache schien also erledigt zu sein. Nun bringt plötzlich die „Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberzeitung“ unter einem geschützten Vorwand einen Artikel, betitelt „Zur Klarstellung“, worin dem Kollegen Giesberts entgegengehalten wird, er habe die angeführten Äußerungen dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes von W. Gladbach, Herrn Adam Becker, gegenüber gemacht. Kollege Giesberts sandte darauf der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberzeitung“ eine Richtigerstellung, in der es u. a. heißt:

„Das Gespräch mit Herrn Becker lag längere Zeit zurück. Ich glaube wohl 5-8 Wochen, und ich hatte mich dessen wirklich nicht erinnert. Man wird mir glauben können, wenn ich sage, es mir faktisch unmöglich ist, alle Gespräche, die am „ich über politische und sozialpolitische Angelegenheiten geführt werden, im Gedächtnis zu behalten. Das Gespräch mit Herrn Becker konnte mir um so weniger im Gedächtnis haften, als dasselbe vollständig nebensächlich und privatim war. Herr Becker und ich sind beide Stabthorordnete der Zentrumspartei in W. Gladbach. Nach den Sitzungen pflegen wir mit noch mehreren anderen Kollegen gemeinsam ein Glas Bier zu trinken. Bei einer solchen Gelegenheit ist das Gespräch auf den Baugewerksverband gekommen. Der Wortlaut heute noch festzuhalten, ist nicht möglich. Es ist aber vollständig ausgeschlossen, daß ich das gesagt haben soll, was Herr Becker in seinem Briefe angibt. Ich kann geschworen haben, daß über die Lohnfrage und die Arbeitszeitfrage wohl allgemein eine Verständigung möglich sei und es dieserhalb nicht zu schweren Kämpfen zu kommen brauche, daß aber das unglückliche Wort „tätig“ Anlaß zu Differenzen geben könnte.“

Sich muß es der Öffentlichkeit überlassen, zu urteilen, was davon zu halten ist, wenn aus einem vollständig nebensächlichen Privatgespräch die Schlüsse gezogen werden, daß Herr Becker gegogen hat, und dasselbe eine derartige Verwendung findet, wie es durch Herrn Becker geschehen ist.“

Es handelt sich also um ein ganz nebensächliches, unbedeutendes Privatgespräch. Daß Kollege Giesberts

nicht in dem von Becker angegebenen Sinne gesprochen haben kann, geht schon daraus hervor, daß die Tarifbewegung Sache der beteiligten Verbände war und Giesberts weder in dem einen noch in dem anderen Verbände an Sitzungen teilgenommen, noch auf andere Weise auf die Abmachungen einen bestimmenden Einfluß hat haben können. Die Sache ging ihn nur insoweit an, als er als Arbeiterführer ein Interesse an einem für die Arbeiter günstigen Tarifabschluß hatte. Also nicht mehr wie jeden anderen Arbeiter. Die Unrichtigkeit der Becker'schen Behauptung und zugleich die Gemeinheit der sozialdemokratischen Verleumdung wird treffend illustriert durch folgende Erklärung, die die Zeitung des christlichen Bauhandwerkerverbandes in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht:

1. Kollege Giesberts hat an irgendwelchen Beratungen weder etwas überhaupt noch nicht teilgenommen.
2. Alles was in der Lohnbewegung geschehen ist, ist zwischen uns und den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden gemeinschaftlich beschlossen, bezw. durch gegenseitige Verständigung erledigt worden. Im Sinne des Herrn Becker ist weder ein Beschluß gefaßt, noch in Anwendung gebracht worden.
3. Die Mitteilung des Herrn Becker ist durch die Wirklichkeit selbst widerlegt. Der Gang der Verhandlungen und der getätigte Vertragsabschluß.
4. Die „Reinlich-Verlässliche Arbeitgeberzeitung“ wagt widerspruchlos die Behauptung auf, der Arbeitgeberverband sei kein Gegner der christlichen Organisation, obwohl gerade ihr leitender Redakteur, Herr Schmiedeknecht, noch auf der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe im Februar dieses Jahres einen Vortrag gegen die christlichen Gewerkschaften hielt. Nebenbei gelangt, wimmelt der Vortrag von Schiefheiten und Unhaltbarkeiten, und erfährt er selbst aus den eigenen Reihen Burdäufung.

An die Adresse des „Vorwärts“ und anderer sozialdemokratischer Blätter richtet die „Baugewerkschaft“ folgende treffende Mahnung:

Selbstverständlich ist dieser „Fall“ für die sozialdemokratische Presse ein gesundes Freßfen. Würde einem sozialdemokratischen Führer der gleiche Vorwurf von einem Unternehmer gemacht werden, dann würde der Unternehmer — sagen. Denn die Unternehmer sagen nach dieser Presse ja immer. Hier handelt es sich aber um einen christlichen Führer, und da sagt der Unternehmer die Wahrheit — und der christliche Führer lügt. Das verlangt so der sozialdemokratische Zweck. Gleich fünfviertel Spalten widmet der „Vorwärts“ dem Kollegen Giesberts. Er redet von einer „äußerst seltenen Enthüllung“, „Giesberts werden... Dinge zur Last gelegt, die ihn als Arbeiterführer unmöglich machen“, er „hat als Führer Schiffsbruch gelitten“, „durch diese Handlung hat Giesberts der Bauarbeiterschaft von Rheinland und Westfalen unermesslichen Schaden zugefügt“ usw. usw. Was mag der Stribent des „Vorwärts“ dummpfiffig gedacht haben, als er das niederschrieb! Das paßt ja so gut für das rote Arsenal zur Bekämpfung der christlichen Führer, und auch als Stützplättchen für „Münchberg“ und das „Huefische „Irrerhaus“. Gemach, ihr roten Herren!

„Jetzt haben die Arbeiter das Wort!“ so ruft das rote Blatt am Schluß pathetisch aus. Jawohl, die haben das Wort; aber das wird nicht zugunsten des „Vorwärts“ ausfallen. Zunächst möchten wir gerade den roten Führern aus Rheinland und Westfalen zurufen, sich fein säuberlich ruhig zu verhalten, wir möchten ihnen sonst ein Lichtlein anfedern, das ihnen noch lange unbequem wäre. Sodann aber: Wer ist neben der darniederliegenden Konjunktur der eigentlich Schuldige an dem unbefriedigenden Ausgange der diesjährigen Lohnbewegung? Das ist das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“. Dank seiner „Erziehungsarbeit“ hat er einen Radikalismus in der Berliner Arbeitererschaft großgezogen, der in den letzten Jahren Verunsicherungen zugänglich ist. Durch seine Bekämpfung einer Reihe von Tarifabschlüssen (z. B. Buchdrucker) und dem Herunterreißen von Gewerkschaftsführern hat er die Autorität der letzteren schlimmer geschädigt, als es die argsten Schachmacher jemals vermochten. Und darauf ist es zurückzuführen, daß die sozialdemokratischen Berliner Bauarbeiter im vorigen Jahre ihre Führer geradezu schändlich behandelten und den uneligen Kampf zu erzwingen. Nicht das angebliche Vorgehen des Kollegen Giesberts hat die Bauarbeiterschaft geschädigt, sondern der uneliche Berliner Kampf (gemeint ist der Berliner Bauarbeiterstreik, der von den „Genossen“ geführt wurde und so unglückliche Folgen hatte. D. H. d. L. 3.) und nur auf ihn ist mit der obengenannten Einschränkung der jetzige Tarifabschluß, wie er ist, zurückzuführen. Das möge sich der „Vorwärts“ gesagt sein lassen. Bestätigt wird er das erhalten bei den „freien“ Führern und dem Protokoll der diesjährigen Generalversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Sodann bekreiten wir dem „Vorwärts“ überhaupt das Recht, irgendein Urteil nach dieser Richtung hin fällen zu können. Kollege Giesberts ist ein Ehrenmann und hat mehr Verdienste für die deutsche Arbeitererschaft, als der „Vorwärts“ mit seiner ganzen Sippschaft zusammen. Kollege Giesberts hat noch nicht gegen das Solidaritätsgefühl verstoßen, die heutige „Vorwärts“-Redaktion in aber die bekannte „Streitbrecher-Redaktion“. Außer in den Reihen der Christlichen zu suchen, sollte der „Vorwärts“ der Mitteilung des „Vorwärters“, „freiem“ Gewerkschaftsorgan der Buchdrucker, nachgehen, der der „Leipziger Volkszeitung“ aus Anlaß des Hinger-Prozesses gegenüber schreibt: „Der Leipziger Volkszeitung“ würde es aber deshalb sein, sich weniger um uns, als um jene sozialdemokratischen Haltungen zu kümmern, die sogar in parteiorganischen Ehrenstellen sich befinden, welche Giesberts aber die „Leipziger Volkszeitung“ kein Wort trümmen, weil sie sich von ihrem Feinde hat.“ Damit verhalten wir das rote Organ. Mit der Ableitung von „Münchberg“ und dem „Irrerhaus“, neuerdings dem „Münchberg-Verlag“, ist es nicht. Wie heißt es doch: „Sage erst von deiner Tür!“

Die christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter wie die Tabakarbeiter aller Länder befinden sich gegenwärtig in einer lebhaften Abwehrbewegung gegen die von der Regierung geplante Banderolesteuer auf Zigaretten usw., die 97.000.000 Mk. abwerfen soll. Die letzte Erhöhung der Steuer auf Tabak hatte zur Folge, daß rund 15.000 Arbeiter hinfällig wurden. Heute laugen Hunderte die zu erwartenden Arbeitslosen bis zu 50.000. Die Regierung selbst rechnet mit 10 Prozent Konjunkturschwäche, was rund 200.000 Arbeitslose geben dürfte. Man sieht daraus, wie sehr diese Frage die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Tabakarbeiter berührt. Auch mit den sozialen Gesichtspunkten, mit denen die Regierung die Steuer schmachtlich machen will, ist es nicht. Denn wenn es auch schon klingt, daß Zigaretten im Werte bis zu 7 Pfg. 4 und 8 Mk. Steuer bringen sollen, während die teureren Sorten mit 16, 32, 54 und sogar bis 96 Mk. herangezogen werden sollen, so ist die Tatsache, daß 72 Prozent des gesamten Steuerertrages auf die Sorten bis zu 7 Pfg. entfallen, der beste Beweis, wie die große Masse der Winderbemittelten die Zigaretten bezahlen muß. Wie sehr das Schicksal der Tabakarbeiter von der geplanten Steuererhöhung abhängt, geht daraus hervor, daß allein 85 Prozent der Gesamtproduktion auf Zigaretten entfällt, die bis zu 6 Pfg. kosten. In Erkenntnis dieser Gefahr, die in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung auch der Gesamtheit erwachsen müssen, haben zahlreiche Gemeinde-Berater, Abgeordnete usw. sich gegen diese Steuer ausgesprochen. Auch die Fabrikanten sind lebhaft mit bereitwilligstem Material in der Abwehr tätig. Nur fällt dabei auf, daß ihnen der Zentralverband deutscher Industrieller in den Rücken fällt. Auf seiner Generalversammlung sprach sich der bekannte Generalsekretär Wied dahin aus, daß die Fabrikanten die Last abwälzen könnten und den Arbeitern könnte dadurch zu Gemüte geführt werden, daß sie auch Pflichten gegenüber dem Staate hätten. Mit der Pfeife sehe man so keinen Arbeiter mehr. Diese bekannte Schachmacheransicht, die im Arbeiter immer nur ein untergeordnetes Wesen sieht, trifft sich von selbst. — Mögen die Tabakarbeiter in diesem Kampfe, von dem viel für ihre Zukunft abhängt, Erfolg haben.

Aus gegnerischen Organisationen.

Sonderbare Begriffe über Neutralität haben die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine immer gehabt. Ihre politische „Neutralität“ besteht in der zwar etwas verstellten Bekämpfung zum Linksliberalismus. Die „Berliner Volkszeitung“, die Gewerksvereine freilich nahe steht und sich stets sehr für die Kirche ins Zeug legt, sagt in der Nummer vom 30. Okt. d. J. zutreffend:

In Wirklichkeit bestand und besteht diese gewerkschaftliche Neutralität in der wohlwollendsten Fuldung der Ausübung freijüngerer Parteipolitik seitens der Führer und Mitglieder.

Zur Zeit scheinen die Gewerksvereine warme Freunde des Blockfreiums zu sein und sich auch in diesem Sinne zu betätigen. Dafür liefert die genannte „Berliner Volkszeitung“ in der genannten Nummer einen treffenden Beweis:

Herr Gleichauf, Redakteur des Organs der S. D. Rauchbrenner-Organisation der „Regulator“, hatte der Zeitung mehrere politische Artikel geliefert. Das hat den Generalrat veranlaßt, Gleichauf zu ersuchen, eine Mitarbeit an der genannten Zeitung, die sich nicht zum sogenannten Blockfreium bekannt, aufzugeben. Die Volkszeitung bemerkt dazu, nachdem sie darauf hingewiesen, daß im Gewerksverein jedem Mitgliede seine politische Betätigung frei stehen solle: „Um so eigenartiger muß es alle demokratisch denkenden Mitglieder berühren, daß der Generalrat dieses Gewerksvereins sofort gegen ein Mitglied eingeschritten ist, nachdem es — außerhalb des Gewerksvereins — in der Berliner Volkszeitung seiner politischen Überzeugung Ausdruck verlieh. Herr Wilhelm Gleichauf, von dem wir kürzlich zwei Artikel mit seiner Namensunterzeichnung veröffentlicht haben, hatte uns noch einige Artikel über politische und Arbeiterfragen versprochen. Blödsinnig erklärt nun Herr Gleichauf, der Generalrat der Gewerksvereine sage es nicht gern, wenn er, Gleichauf, sich in der geschätzten Art noch weiter politisch betätigt!“

Das ist eine um so unbegreiflichere Bevormundung dieses Gewerksvereins, als man weiß, daß ein anderer Gewerksvereinsbeamter, der zugleich Mitglied des Gewerksvereins der Rauchbrenner ist, Herr Goldschmidt, sich außerhalb des Gewerksvereins unbeschränkt blockfreium betätigt hat. Eine wirkliche Neutralität hätte es sich für den Gewerksverein nicht an dem unbedingten Verbot der Freijüngerei von jeder erlaubt war.

Wie wir die Stimmung aus zahlreichen Zuschriften und anderen Anzeichen kennen, ist gerade ein Festhalten an der Prozedur, daß sich Mitglieder oder Beamte nur blockfreium politisch betätigen dürfen, eine schwere Gefahr für die Gewerksvereine.“

Uns interessiert die Sache nur insoweit, als sie die „Neutralität“ der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine berührt. Und diese wird durch die Vorgänge in ein ganz sonderbares Licht gerückt. Wenn die Gewerksvereine wirklich politisch neutral sein wollen, warum verbietet man dann einem Mitgliede die Mitarbeit an einer politischen Zeitung? Das steht eher nach allem andern aus, als nach Neutralität.

Aus Arbeitgebertreuen.

Ein einsichtiger Arbeitgeber. In Hirsch's Leben wurde vor einiger Zeit ein Jugendheim errichtet, das hauptsächlich Volkshilfszwecken dienen soll. Das Jugendheim ist eine Stiftung der Großfirma J. C. Behrehorn, Buchdrucker und Papierwarenfabrik. Bei den Gemeindegemeinschaften jährliche Kommerzianten Otto Behrehorn u. a. aus: „Da kam um jene Zeit zu unserem Plan ein neues Moment, welches den Erfolg auf die Durchführung unserer Absicht war. Es war jene Zeit, als in ganz Deutschland die Gewerkschaften mehr und mehr an Macht gewannen. Auch in unserer eigenen Fabrik haben sich einzelne Bestrebungen zu schlagenden Verbänden zu entwickeln. Sie selbst haben von jeder auf den Fall aufgegeben, das es nur im Interesse der Fabrik liegen kann, daß sich so wohl Arbeitervereine als auch Arbeitgeber zu Verbänden zusammenzuschließen, damit bei eventuellen Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten maßgebende Organe vorhanden sind, die miteinander verhandeln können. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Streitigkeiten mit unorganisierten und unorganisierten Massen viel schwieriger beizulegen sind, als mit organisierten Arbeitern. In dem Maße, wie diese Organe mehr und mehr sich entwickelten, andererseits aber auch die einschichtigsten und vernünftigen Männer. Das war, den Gewerkschaften entgegen, und trotzdem wir alle es als notwendige Schritte ohne Streit selbst erachtet haben, fanden wir doch eine wesentliche, ganz unerwartete, jenseitige Stimmung, und wie bei uns, so war es auch anderswärts. Der langjährige Arbeiterführer in jedem Arbeiterverein, und der Arbeitgeber läßt sich durch diese Erfahrungen bald zu der Ansicht bringen, daß jeder Arbeiter sein Feind ist. Dabei machten wir die Erfahrung, daß man nicht mit den überhöhten Worten sehr leicht zu einer Verständigung kommen konnte, wenn man sich persönlich mit ihnen auseinandersetzte und ihnen auch die ihre Seite ließ, wo die objektive Wahrheit ihnen das Recht zu sprechen war. Diese Erfahrungen nun waren es, die uns zu der Überzeugung brachten, daß die sich nach erweiternde Kraft und die ganze friedliche Kampfweise, die wir betreiben, nicht nur ein Mittel ist, sondern ein Zweck an sich selbst, und daß man Gelegenheit haben, mit den verschiedensten Schichten des Volkes zusammenzukommen, sich kennen zu lernen und sich zu verstehen.“

Das sind vernünftige, einsichtige Worte eines Großindustriellen, die sich vornehm unterscheiden von den bekannten Krausausbrüchen unserer Schachmacher. Würden sich alle unsere deutschen Arbeitervereine, die sich vornehm zu kennen, sich kennen und verstehen zu lernen, dann würden auch sie zu der Überzeugung kommen, daß sich die immer mehr erweiternde Kraft und die feindselige Stimmung erheblich verringern würden. Aber leider betrachten viele Unternehmer die Gewerkschaften nur als das Wert einiger unzufriedener, verheerter Herde, die dem Arbeitgeber an den Kragen wollen. Solche Leute müssen denn auch zuerst die Macht der Organisation zu fühlen bekommen, ehe sie von ihrem Herrschaftspunkt lassen. Sie wollen ja nicht anders.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung in den Baumwollspinnereien Lancashire's hat nunmehr, wie die „Soziale Praxis“ schreibt, mit der vorausgehenden Niederlage der Arbeiterschaft geendet. Nach siebenwöchigem Feiern öffneten sich am 9. November wieder die Fabriktore den Arbeitern. Die Zeit entsetzlicher Arbeitslosigkeit war für eine Abwehrbewegung von 120.000 Arbeitern denkbar ungünstig, zumal da durch dieses Stilllegen der Baumwollspinnerei zahllose Hilfs- und Versorgungsgewerbe ebenfalls zum Stillstand verurteilt wurden und die nächstbestmögliche Arbeiterschaft keineswegs einmütig zum Widerstand geneigt war. Die Beilegung des Konfliktes ist der Vermittlung der Bürgermeister von Salford (Manchester) und Darwen, sowie einiger weiteren besonders schwer betroffenen Spinnereiblässe zu danken. Nach verschiedenen vergeblichen Bemühungen in früheren Wochen ist es den Mayors endlich Anfang November gelungen, das „Emergency Committee“ (Ausschuß für dringliche Notfälle) des Spinnereibestrebungsverbandes mit den Vertretern der drei beteiligten Arbeitgeberverbände zu unmittelbaren Verhandlungen zusammenzuführen, die am 6. November folgenden Beschluß der Arbeiterschaft zeitigten: „Im Hinblick auf das gegenwärtig herrschende schreckliche Elend... haben wir uns entschieden, unter der Bedingung, daß die Arbeitgeber die 5-prozentige Lohnminderung für die Baumwollarbeiter vom 1. Januar auf den 1. März 1909 zu vertragen bereit sind, ohne nachmalige Geheimabstimmung der Vereine unserer Mitglieder zu empfehlen, sobald als angängig, jedenfalls spätestens bis zum 16. November, die Arbeit wieder aufzunehmen.“ Nach kurzer Sonderberatung der Unternehmer wurde am selben Tage folgendes Abkommen zwischen Smethurst, dem Sekretär der Arbeitgeber, und Marsland, Mullin und Croft, den Generalsekretären der Arbeiterorganisationen, unterzeichnet: „Hiermit wird vereinbart, daß an und nach dem ersten Lohnzahlungstag im März 1909 die Löhne eine Kürzung um 5% und zwar unter den Bedingungen und Bedingungen des Brookslands-Vertrages erfahren.“ Der auf diese Weise beendigte Kampf weist schwere Verluste auf; die Arbeiter sollen 24 Millionen Mark Lohn eingebüßt und 8 Millionen Mark aus ihren Gewerkschaftskassen verbraucht haben. Den Unternehmern ist aus dem Stillstehen eines Spindelpartes von 40 Millionen Stück zum Kapitalwerte von 1 Milliarde Mark ein gewaltiger Zins- und Gewinnverlust erwachsen, dem auf der anderen Seite aber durch das Räumen der überfüllten Lager zu Preisen, die aus dem Nachlassen der Konkurrenz Vorteil zogen, ein Ausgleich geboten wurde. Auch der scharfe Rückgang der Hochbaumwollpreise von 9,00 cts. im September auf 9 cts. am 9. Oktober, den tiefsten seit Jahren erreichten Punkt, wird einem Teil der Spinnereibestrebter sehr zu gute gekommen sein, wenigstens insofern die Baumwollindustrie infolge Belebung der amerikanischen Baumwollindustrie wieder auf 9,00 cts. angezogen hat. Die Baumwollbörse beantwortete, dem „B. L.“ zufolge, den Friedensschluß in Lancashire nur mit einer Steigerung von 5 bis 6 Punkten. Die Schädigungen durch den obendrein erfolglosen Kampf werden nach allem für die Arbeiterschaft viel schlimmer als für die Unternehmer nachwirken und sie wohl mehr als bisher geneigt machen, den von der Unternehmern seit Jahren betriebenen Plan eines flüchtigen „automatischen“ Einigungsamtes zur Verhütung von Arbeitskämpfen anzunehmen.

Algemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Fort (Kanada) Gewerbegeheimwähl. Bei den am 29. Oktober stattgefundenen Wahlen der Arbeiterbestrebter zum Gewerbegeheim Fort gelang es der nationalen Arbeitererschaft, zum ersten Mal auch die Stimmen zu erhalten. Von 7091 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des nationalen Arbeiter-Wahlvereins 3233, auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 5341 und auf die Liste der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine 427. Es herrschte ein Wettstreit: Der nationale Arbeiter-Wahlverein einer, die sozialdemokratischen Gewerkschaften acht, die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine keinen. Knapp ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen entfiel auf die Liste des nationalen Arbeiter-Wahlvereins. Das bedeutet im Strafverhältnis zur sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft von Fort einen bedeutenden Vorsprung des national organisierten Teiles.

Aus der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Protest gegen die Konsumvereinsbestimmung. Eine Konferenz der Vorstände der Beamten-Konsumvereine und derjenigen Arbeiter-Konsumvereine von Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau, die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, tagte am 7. November in Düsseldorf. Der Zweck der Konferenz war: die Gründung des Verbandes westdeutscher Konsum- und Produktions-Genossenschaften und Stellungnahme gegen die von der Regierung vorgelegene Unterwerfung der Konsumvereine unter die Gesellschaftsteuer.

Erwähnen waren 150 Delegierte, die 49 Vereine mit über 50.000 Mitgliedern vertraten. Der erste Teil der Tagesordnung, die Gründung des Verbandes, wurde am Vormittag erledigt. Nach dem Referat des Herrn Schlad aus Rühlheim a. Rh. traten fünf weitere Vereine dem Verbande bei. Am Nachmittag befaßte sich die Konferenz mit der geplanten Gesellschaftsteuer. Zu dieser Besprechung waren eine Anzahl Abgeordnete verschiedener Parteien ge-

laden worden, von denen jedoch nur Herr Dr. Schmidt aus Düsseldorf erschienen war. Bezgl. des zweiten Punktes wurde eine Resolution angenommen in der es u. a. heißt:

„Die den untersten Volksschichten angehörende Mitglieder der Konsumvereine müßten die bisherige Heranziehung ihrer Vereine zur Staatseinkommen-Gemeinde-, Gewerbe- und Warenhaussteuer angeht der Tatsache, daß die Genossenschaftler der Handwerker und Landwirte fast vollständig von Steuern befreit sind, als ein bitteres Unrecht empfinden.“

In der Unternehmung ihrer Vereine unter die geplante Gesellschaftsteuer erblickten die Mitglieder eine Maßnahme, die gleichbedeutend ist mit einer gewaltsamen Erdrückung der Vereine und einer Enteignung der Sparpennige armer Staatsbürger.

Die Versammelten erblickten ferner in den bereits durchgeführten und den weiteren Maßnahmen zur Unterdrückung der Konsumvereine sowie in der Gleichstellung derselben mit rein kapitalistischen Assoziationen eine totale Verkennung des genossenschaftlichen Wesens.

Die Konsumgenossenschaften, die als Wirtschaftsgenossenschaften nur an ihre Mitglieder verkaufen dürfen, erzielen weder Gewinn, noch üben sie ein Gewerbe aus, wie es ganz richtig von dem Nationalökonom Professor Dr. Konrad in seinem Vortrage zum Studium der Volkswirtschaft vertreten wird; ferner durch reichsgerichtliches Urteil vom 4. Oktober 1881 sowie durch Entscheidung des preussischen Kammergerichts vom 17. Dezember 1900 bestätigt worden ist. Die Konsumvereine beschränken sich nicht mehr darauf, ihren meistens unbemittelten Mitgliedern die Lebensbedürfnisse auf möglichst billige Weise zu verschaffen, um so Ersparnisse zu machen, die den einzelnen Mitgliedern wieder zugute kommen. Die bereits eingeführte und weiter vorgeschlagene unerhörte Befassung nicht einmal des Erwerbs, sondern der Ersparnis ärmster Leute beweist, daß es sich nicht um eine nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebaute Steuermaßnahme, sondern um eine Ungerechtigkeits-, eine Straf- und Unterdrückungsmaßregel schlimmster Art handelt.

Die Versammelten protestieren daher ganz entschieden gegen die bereits bestehenden und weiter vorgeschlagenen Ausnahmesteuern, die um so scharfer hervortreten, als doch alle übrigen Genossenschaftler der Landwirte, Handwerker, Kleinhandwerker usw., sofern diese sich auf den Preis ihrer Mitglieder beschränken nicht nur von diesen Ausnahmen ausgeschlossen bleiben, sondern noch vielfach staatlich unterstützbar werden.

Der Vorstand.

Matthias Bobben. Peter Dreißhaufen, Peter Scherpenstein. Vorsitzender. (6. Mt.)

Der Vorstand.

Matthias Bobben. Peter Dreißhaufen, Peter Scherpenstein. Vorsitzender. (6. Mt.)

Bilanz

des Gewerkschafts-Konsumvereins „Eintracht“ zu Webburg, e. G. m. b. H.

Passiva		
Kassenbestand am 31. Aug. 1908	2021,99	
Wareneinsatz nach dem Mitgliede	3653,94	
Einkaufspreis	9028,89	
Kaufstände	1178,75	
Inventar nach Bezug von 10%	470,86	
Summa	12700,49	Summa 12700,49
Wareneinsatz	2648,01	
Reservefonds	3653,94	
Kapitalanlage	300,00	
Zinsen für vollkommene Geschäftsanteile	141,00	
Spargutgaben der Mitglieder	3270,00	
Reingewinn	1409,31	
Summa	12700,49	Summa 12700,49

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1909 ist schon erschienen. Es enthält nicht einen „Geschichtskalender der christlichen Gewerkschaften“ und einem ausführlichen (66 Seiten umfassenden) Kalenderum sowie einer Anzahl freier Notizblätter folgende umfangreiche Aufsätze: 1) Die christlichen Gewerkschaften in 1908. 2) Der Einfluß des Reiches internationalen Arbeiterkongresses auf die christliche Arbeiterbewegung Deutschlands. 3) Die Sozialgesetzgebung des deutschen Reiches 1907/08. 4) Die Gewerkschaftsfrage in der evangelischen Arbeitervereinsbewegung. 5) Arbeiterversicherung und Vertreterwahlen. 6) Unsere Gewerkschaftsstatute. Ferner eine Anzahl interessanter Mitteilungen, u. a.: a) das Reichsvereinsgesetz, b) die hauptsächlichsten Erzeugnisse und Verbrauchsmittel aller Länder, c) hundert bedeutendste Vorkämpfer für Reinen im Auslande (franz., engl., ital.), d) Preisgebote für Mitarbeiter an Zeitungen, e) Zur Beachtung für Distriktsleiter, f) Zahl der in 1906 der Gewerkschaften unterstellten Anlagen und Arbeiter (der Eisenbahnverkehr, h) die höchsten Bauwerke, i) die längsten Eisenbahnstrecken, k) die größten Plätze Europas, l) Adressen-Verzeichnis der christlichen Gewerkschaften, m) Rängenotabelle, n) Wortkatz usw.

An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wird das Jahrbuch für 50 Pfg. abgegeben, im Buchhandel kostet es 1.- Mk. Für die Beitragslosen und Poststellenbibliotheken ist das Jahrbuch unentgeltlich, auch weitere Mitgliederpreise werden über monatlich mit Inhalt gleichmäßig besorgt werden.